

Ostdeutsche Morgenpost

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. 2 ogr. odp., Katowice,
ul. Marjańska 1. Tel. 488; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller,
Sp. 2 ogr. odp., Konto 761 989.

Erste oberschlesische Morgenzeitung

Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche),
Bezugspreis: 5 Zloty.

Anzeigenpreise: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industrie-
gebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr., Amtliche und Heilmittel-Anzeigen sowie
Darlehens-Angebote von Nichtbanken 40 Gr. 4 gespaltene Millimeterzeile im
Reklameteil 1,20 Zl. bzw. 1,60 Zl. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlichen
Reklamationen, Akkord oder Konkurs in Portofolio. — Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonisch aufgegebenen Inserate wird keine Gewähr übernommen und kann die Bezahlung aus diesen Gründen nicht verweigert werden. — Streiks, Betriebsstörungen usw., hervorgerufen durch höhere Gewalt, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugsgeldes oder Nachlieferung der Zeitung.

Berlin will Lausanne erzwingen

Offene Abwehr der französischen Vertagungspläne

Protest durch die Botschafter

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 19. Januar. Trotz des französischen Druckes auf Verschiebung der Reparationskonferenz von Lausanne, wie er in der Savas-Mitteilung vom Montag und in der Regierungserklärung Savals vor der Kammer offen ausgesprochen wurde, besteht die deutsche Regierung weiterhin auf der Abhaltung der Konferenz und auf Konferenzbeginn zu dem vereinbarten Zeitpunkt.

Sollte keine Lösung gefunden werden, so wäre immer noch Zeit, die Verhandlungen kurzfristig zu unterbrechen. Dem Vernehmen nach hat die Regierung ihre Botschafter bei den Mächten angewiesen, auf die ungünstigen wirtschaftlichen Folgen aufmerksam zu machen, die sich aus einer Verschiebung der Konferenz und der definitiven Lösung ergeben könnten. Die Botschafter sollen nochmals auf die im Schlussbericht der Baseler Sachverständigen enthaltenen ernststen Schlussfolgerungen hinweisen und erklären, daß die Krise in Deutschland und auch in anderen Ländern noch immer im Wachsen begriffen ist

und daß nach Meinung der deutschen Regierung die Lage weder einen Aufschub, noch nebenfällige Behandlung verträgt. Das ist freilich auch das mindeste, was man an Entschiedenheit erwarten konnte.

Man würde es sicherlich begrüßen, wenn den die Verschiebung vorschlagenden Regierungen ein peinliches Bestreben über die glatte Ignorierung der Kanzlererklärung zum Ausdruck gebracht und wenn in Paris zu verstehen gegeben würde, daß mit Separatisten wie dem des Obersten Jarry im „Temps“ der Sache nicht gedient wird. Dieser Brämarbas leistet sich in der Beschimpfung Deutschlands das Menschenmög-

lichste und bringt die seit Poincarés Abgang nicht wieder gehörte Töne auf's Tablett, daß die Reparationen eine Strafe für Deutschlands Schuld am Kriege und zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt seien. Die zweite Behauptung ist ein angelegter Schwindel, an den auf der ganzen Welt kein Mensch mehr glaubt. Die erste ist außerdem eine politische Taktlosigkeit, wie man sie seit Poincarés Verschwinden nicht mehr gehört hat. Das eine Gute aber haben diese Provokationen: Sie lassen die Notwendigkeit erkennen, den Reparationen auch die sogenannte moralische Grundlage zu entziehen.

Die Berliner Presse hat sich allgemein sehr scharf gegen den französischen Vertagungs-gedanken ausgesprochen. Die „Vossische Zeitung“ fordert die Verpflichtung zu einer Endlösung nach im Laufe dieses Jahres, die nur von einer Regierungskonferenz übernommen werden könne. Das „Berliner Tageblatt“ schiebt den Mächten, die jetzt die Vertagung fordern, die Verantwortung zu für eine möglicherweise katastrophale Verschärfung der Weltkrise. Die Zeitungen der Rechten stellen fest, daß für Deutschland der Youngplan tot ist und daß das die einzige Grundlage ist, auf der Deutschland überhaupt mit den anderen Mächten in irgend-einer Weise noch verhandeln könne.

Hindenburg-Wahl zwischen 28. 2. und 13. 3.

(Drahtmeldung aus Berliner Redaktion)

Berlin, 19. Januar. Man rechnet in parlamentarischen Kreisen noch mehr als in der letzten Woche mit der Möglichkeit einer Beschlennigung des Termins für die Reichspräsidentenwahl. Es wird angenommen, daß das Kabinett schon in der nächsten Zeit eine Vorlage an den Reichstag bringt, worin das Parlament aufgefordert wird, den Zeitpunkt festzusetzen. Der Tag steht allerdings noch nicht fest, doch wird erwartet, daß mit Rücksicht auf die nötigen Vorbereitungen auf der einen Seite und auf das frühe Osterdatum auf der anderen die Wahl des Reichspräsidenten in der Zeit zwischen dem 28. Februar und 13. März stattfinden wird.

Wählt unter anderem, das Protokoll von 1924, das, obwohl es nicht ratifiziert worden sei, am vollständigsten die französische Auffassung wiedergibt, ferner die allmähliche Anwendung dieser Gedankenengänge in dem Abkommen von Locarno, dem Kelloggpaakt, dem allgemeinen Schiedsgerichtsabkommen mit denen sämtlich der Name Briand verbunden bleibe, all das seien die unüberwindlichen Grundzüge der französischen Politik. „In dieser Politik haben alle Parteien teilgenommen, und alle Franzosen werden sie aufrecht erhalten. Alle erklären überdies, daß sie sich den Erfolg nur in einem bestimmten Rahmen denken, nämlich der Achtung des Begriffes des Vertrages, der Schiedsgerichtsbarkeit, der Definierung des Angreifers, des gegenseitigen Bestandes, also der Sicherheit. Es wäre verkehrt, etwa auf irgend eine Schwäche oder Minderheit Frankreichs und damit auf den Verzicht auf diesen Grundjahren rechnen zu wollen. Der Wille Frankreichs, den Frieden zu organisieren, schließt beides aus.“

Während sich der Senat nach Verlesung der Regierungserklärung vertagte, trat die Kammer auf Antrag des Ministerpräsidenten sofort in die Beratung der vorliegenden Interpellationen über die allgemeine und auswärtige Politik der Regierung sowie die Zusammenfassung des Kabinetts ein. Die Eröffnungsrede des Kammerpräsidenten und ebenso die von Ministerpräsidenten Cabal abgegebene programmatische Erklärung fanden

an den Stellen, die Frankreichs Anspruch auf Reparationen und Sicherheit betonten, fast einmütige Zustimmung.

Als im Zusammenhang mit der Erwähnung der Bemühungen um Sicherheit Briands Name fiel, brach die Kammer in ungeheuren Beifall aus.

Abg. Ledoux (Radikal) sagte, er könne dem neuen Kabinett das Vertrauen nicht schenken.

Der nächste Interpellant, der sozialistische Abgeordnete Frossard sagte, man habe sich in Frankreich anheimend der Illusion hingegeben, daß Frankreich von der Weltwirtschaftskrise verschont bleiben werde. Heute könne man eine solche Meinung nicht mehr aufrechterhalten. Maginot's Tod hätte keineswegs den Gesamttrübsinn des Kabinetts zur Folge haben müssen. Doch scheint es, daß Cabal nur darauf bedacht gewesen sei, ohne Briand wiederzufahren.

Der Abgeordnete Louis Marin rief: „Heute verschwindet die Person Briands; morgen wird seine Politik verschwinden!“

Der Führer der Sozialisten, Léon Blum, interpellierte die Regierung über die bevorstehenden Konferenzen. Reichskanzler Dr. Brüning habe im Grunde genommen von der vorübergehenden Zahlungsunfähigkeit Deutschlands auf eine endgültige geschlossen. Für ihn und für Deutschland sei die

1 £ = 14.68 RM.

Vortag: 14,62.

Wieder einmal: Frankreichs Anspruch auf Reparationen und Sicherheit

Savals Regierungserklärung

Gegen Lausanne — gegen Abrüstung

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Paris, 19. Januar. Am Dienstag nachmittag trat die französische Kammer zusammen, um die Regierungserklärung des neuen Kabinetts Saval entgegenzunehmen. Vorher fand ein Kabinettsrat statt, in der die Regierungserklärung festgelegt wurde. Der Ministerrat unter Vorsitz des Präsidenten der Republik, Doumer, billigte darauf die Erklärung. Im Ministerrat wurde ferner die französische Abordnung für die Abrüstungskonferenz aufgestellt. Die Führung übernimmt Kriegsminister Tardieu, sein Stellvertreter ist Senator Paul-Boncour.

Kammerpräsident Bonisson eröffnete die Sitzung der Kammer mit einer Ansprache, in der er zur außenpolitischen Lage bemerkte, daß die Kammer berufen sein werde, wiederum außenpolitische Entscheidungen zu treffen. Er als Präsident der Kammer glaube nicht, aus der ihm durch sein Amt auferlegten Reserve herauszu-gehen, wenn er erkläre, daß Frankreich nichts von seinen Gläubigeransprüchen aufgeben könne, ohne die Garantie einer Herabsetzung seiner Schulden in gleicher Höhe. Er glaube, in den Geist kennzeichnen zu können, in dem alle internationalen Abkommen abgeschlossen und von der französischen Kammer ratifiziert worden seien. Frankreich habe in seiner Außenpolitik stets seinen friedlichen Willen bekundet. Es sei aber der Meinung, Abkommen, die lange Zeit erörtert und feierlich in Kraft gesetzt worden seien, könnten nicht durch einen einseitigen Entschluß eines der Vertragspartner gefährdet werden.

Ministerpräsident Cabal und Justizminister Verrard verlasen folgende Regierungserklärung:

„Nicht ein Mißtrauensvotum hat das voraus-gesagene Kabinett veranlaßt, zurückzutreten. Fast 12 Monate hindurch hatten Kammer und Senat der Regierung ihr Vertrauen niemals ver-jagt, und in der abgelaufenen Parlamentssession

es noch einmal bekräftigt. Bekannt ist, unter welchen Bedingungen wir allerdings ohne Erfolg versucht haben, die Grundlage unserer Aktion zu verbreitern. Die Ereignisse selbst und die Schwierigkeiten, die uns eine einmütige Zustimmung aller erforderlich erscheinen ließen, bestimmen die wesentlichen Punkte des Programms, das wir dem Parlament zu unterbreiten haben. Unsere Regierung steht vor zwei großen außenpolitischen Aufgaben:

„Den Reparationen und der Einschränkung und Herabsetzung der Rüstungen.“

„Die Krise, deren Auswirkungen Frankreich infolge der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Nationen auch spürt, hat nicht nur die öffentliche Meinung der Völker in Verwirrung gebracht, sondern auch zahlreiche Systeme wachgerufen, die eher auf doktrinärem Einbildungs-raft als auf der Realität der Tatsachen begründet sind. Die Welt ist nach Formeln begierig, die ihr Heilung versprechen. Sie nimmt leider mit zu großer Vereinfachung diese Theorien auf, die ein Universalheilmittel bringen wollen. Die Annulierung der Reparationen und der Kriegsschulden würde auf diesen Geisteszustand zurückgehen. Wir können für die Zukunft keine Lösungen annehmen, die, ohne die Krise beschwören zu können, Frankreich in seinen wesentlichen Interessen und in seinen durch frei geschlossene Verträge betonten Rechten treuen würden.“

Wir werden das Recht auf Reparationen nicht verfahren lassen.

Man fordert von uns aber eine Entlastungs-quittung zugunsten unserer Schuldner.

Wir haben eine doppelte Pflicht, nämlich gegenüber den Generationen, die den Krieg miterlebt haben, eine Pflicht der Rechtshaffheit, die darin besteht, nichts von unseren Entschüssen zu opfern, ohne einen entsprechenden Ersatz unserer eigenen Schulden; gegenüber den kommenden Generationen haben wir eine Pflicht der Vorsicht: nämlich alle Abkommen von einem gerechten Ausgleich der Produktions- und Existenzbedingungen abhängig zu machen. Dieses Gleichgewicht wäre zerstört, wenn nach Überwindung der Krise das Mißverhältnis zwischen den finanziellen und steuerlichen Lasten, die die Völker in ihrer Aktivität belasten, Frankreich bei der Konkurrenz auf dem Weltmarkt in einen Zustand unbedingter Unterlegenheit versetzen würde. Die Regierung wird bei allen bevorstehenden Verhandlungen zur Anpassung der in Kraft befindlichen Vereinbarungen über die Kriegsschulden an die Periode der wirtschaftlichen Depression weiterhin sich streng an diese Grundzüge halten, die das französische Parlament stets gebilligt hat.“

Die Regierungserklärung behandelte dann weiter die wirtschaftliche Lage in Frankreich, die Arbeitslosigkeit und die Haushaltsverabschiedung. Sie ging dann zur

Abrüstung

über. Die Konferenz für die Einschränkung und Herabsetzung der Rüstungen werden am 2. Februar zusammentreten.

„Nach dieser Einsicht ist die französische Politik durch das Memorandum vom 15. Juli v. J. festgelegt worden. Diese im Völkerbundspaakt verankerte Politik ist seit 12 Jahren diejenige Frankreichs ebenso wie diejenige des Völkerbundes. Unser Land hat immer wieder die wirtschaftliche, politische und humane Bedeutung dieser Politik erweisen können.“ Die Regierungserklärung er-

Reparationsfrage geregelt. Wenn Frankreich sich an den Buchstaben seines Rechts klammert, begünstigt es die Propaganda Sülers.

Die Ausführungen Blums wurden von rechtsstehenden Abgeordneten wiederholt unterbrochen. Blum meinte, daß der Streit darüber, ob Deutschland die Wiederaufbaupflichten schon erfüllt habe, einem internationalen Schiedsgericht unterbreitet werden müsse (lebhafter Protest rechts). Der Reparationsgläubigeranspruch Frankreichs sei berechtigt, aber Deutschland könne wegen seiner gegenwärtigen Lage nicht zahlen. Wollte die Regierung etwa zur Politik des Zwanges und der Plünder zurückkehren? Er wolle nicht, daß der Youngplan allseitig zerfallen würde, aber ebensowenig, daß man ihn gewaltsam aufzwinge. Blum trat für die französische Ansicht ein, daß an die Vereinigten Staaten kein Cent mehr gezahlt werden dürfe, als Frankreich selbst von Deutschland erhalte. Zur Abrüstungsfrage übergehend erklärte Blum, wenn die französische Regierung bei ihrer Anschauung bleiben würde, würde es sich nicht lohnen, die Abrüstungskonferenz zu beschicken. Frankreich würde politisch und intellektuell isoliert werden.

Im Namen Briand's hatte der Abg. Danis-Loi in den Wandlungen der Kammer erklärt, daß der Gesundheitszustand Briand's recht befriedigend sei, daß Briand aber heute nicht in der Kammer erscheinen werde, damit seine Anwesenheit nicht zu tendenziösen Auslassungen Anlaß gebe.

Die Rede Davals ist ganz offenbar stark dadurch beeinflusst worden, daß die Verständigung mit England über die Behandlung der Reparationen noch nicht zustandegekommen ist. Sie ist deshalb in bezug auf diesen Punkt zurückhaltender als man nach der vorausgegangenen offiziellen Davals-Verlautbarung vermuten konnte. Von der Konferenz selbst wird in der Regierungserklärung mit keinem Wort Notiz genommen, und deshalb ist man noch immer im Ungewissen, ob Frankreich die Konferenz beschicken wird oder nicht. Offenbar hat das Kabinett darüber noch keinen Beschluß gefaßt, sondern will erst die Wirkung der Davals-Erklärung abwarten. Daval hat Frankreichs angebliches „Recht auf Einhaltung der freiwillig abgeschlossenen Verträge“ betont und erklärt, Frankreich könne seinen Anspruch auf Reparationen nicht verkümmern lassen.

An zuständiger Stelle in Berlin ist man aber, ohne sich festzulegen, zu der Annahme geneigt, daß mit dieser allgemeinen Erklärung noch nicht alle Türen verbaut seien. Für die Beurteilung der augenblicklichen Lage ist jedenfalls die Davals-Rundgebung wichtiger als die allgemein gehaltene Regierungserklärung, denn wenn sie auch nur einen Versuchsballon darstellt, so läßt sie doch keinen Zweifel daran, daß Frankreich die

Reparationskonferenz sabotieren

will. Da die französische Bemühung, England ganz auf seine Seite zu ziehen, bisher nicht erreicht ist, konnte die französische Regierung auch in dieser Meldung nicht offen mit ihrem wirklichen Zweck herausrücken. Sie „empfiehlt“ deshalb zunächst eine Verschönerung etwa auf Mai oder Juni. Vielleicht hofft sie, daß bis dahin die jetzige deutsche Regierung, die sich durch den Kanzler darauf festgelegt hat, daß der Youngplan ganz fallen müsse, gestürzt sei und daß mit einer neuen, trotz allem, bessere Geschäfte zu machen wären, weil sie von keiner Rechtsopposition mehr bedrängt würde, sondern die die Opposition jetzt vertretenden Parteien umschloße und zum Handeln nötigte. Vielleicht glaubt Frankreich aber auch, daß sich im Laufe der nächsten Monate die deutsche Wirtschaftslage und die der Welt so verbessert haben könnte, daß die Stimmung für den Youngplan günstiger wäre. Diese taktischen Beweggründe interessieren in diesem Augenblick aber weniger, nur das ist wichtig festzustellen, daß

Frankreich keine Endlösung der Reparationsfrage, daß es die dauernde Knechtung und Lähmung Deutschlands will.

Daß es ein neues Moratorium von einjähriger Dauer zu geben bereit ist, will nichts besagen. Das Moratorium ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn man sich der Schwierigkeiten erinnert, die Frankreich der Hoover-Aktion gemacht hat, wird man nicht daran zweifeln, daß es sich zu der Verlängerung jetzt nicht aus Wohlwollen gegen Deutschland bereitfindet, sondern daß es sich dazu gezwungen sieht, weil es sonst keinesfalls auf die Zustimmung der anderen Länder rechnen kann, am allerwenigsten auf die Englands.

Englands Rolle

in dem ganzen trüben Spiel ist von Anfang an undurchsichtig und voller Ueberraschungen gewesen. Auch die Aufnahme des französischen Vorschlages ist widersprüchsvoll.

„Financial Times“, die immer viel Verständnis für Deutschlands Standpunkt, d. h. für die Notwendigkeit der völligen Streichung der Tribute gezeigt hat, schreibt heute, wenn Frankreich nicht zur Konferenz kommen wolle, so müßten die übrigen Mächte sie trotzdem abhalten und Frankreich vor eine vollendete Tatsache stellen. Die alten Papageienrufe aus Paris dienen doch nur dazu, die nationalitätliche Wählerchaft immer wieder aufzupeitschen.

Auch in der „Times“ wird immer wieder einer Endlösung das Wort geredet. Es scheint aber, als ob die Davals-Rundgebung nicht ohne Grund von einer Zustimmung Englands spricht.

Die französische Propaganda hat die englische Volkselektoren auf einer wunderbaren Stelle getroffen, indem sie behauptete, ein von Tributen befreies Deutschland würde im Konkurrenzkampf die anderen Industrien schlagen. Wie

Zollermächtigungen für die Reichsregierung

Erhöhung des Butterzoll mit Valutadumping-Zuschlägen

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 19. Januar. Der Reichspräsident erließ eine Verordnung, die die Reichsregierung ermächtigt, bei der Einfuhr von Waren aus Ländern, deren Währung unter Goldparität gestunken ist, für einzelne Waren Ausgleichszuschläge zu erheben. Die Verordnung besagt:

1. bei der Einfuhr von Waren, die aus Ländern stammen, deren Währung unter die Goldparität gestunken ist, für einzelne Waren oder Warengruppen Ausgleichszuschläge zu erheben;

2. für Waren, die aus einem Lande stammen, mit welchem das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht oder welches die deutschen Waren ungünstiger behandelt als die Waren eines dritten Landes, erhöhte Zollsätze festzusetzen. Von der Erhebung der erhöhten Zollsätze kann bis zu höchstens sechs Monaten Abstand genommen werden, wenn mit

diesem Lande Handelsvertragsverhandlungen schweben oder bevorstehen. Die Reichsregierung kann bei einzelnen Waren von der Anwendung der Bestimmungen ganz oder teilweise absehen.

Die Verordnung tritt sofort in Kraft. Mit ihr zusammenhängend hat die Reichsregierung, einer alten landwirtschaftlichen Forderung nachgebend, den autonomen Butterzoll von 50 auf 100 Mark für den Doppelzentner erhöht. Für die Einfuhr aus Ländern, deren Währung unter die Goldparität gestunken ist, wurde ein Zuschlag von 15 Prozent des Wertes der Butter oder von 36 Mark je Doppelzentner eingeführt. Der dieser Berechnung des Zollzuschlages zugrunde gelegte Wert der Butter ist unter Berücksichtigung des Preises der Ware vor Sinken der Währungen unter die Goldparität auf 240 Mark je Doppelzentner festgesetzt worden. Alle Butterzölle für die Länder, mit denen das Deutsche Reich nicht in Handelsvertragsverhältnis steht, sind mit 170 Mark je Doppelzentner festgesetzt.

Dietrich will die Verbindung mit den Banken lösen

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 19. Januar. Bei der Beratung der Bankfragen im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte Reichsfinanzminister Dietrich, daß man die Frage der Banken nicht erörtern könne, ohne auf die Grundursache ihrer Krankheit einzugehen, nämlich auf die Gesamtlage der Wirtschaft. Ueber all diese Dinge lasse sich jedoch nur vertraulich in einem kleinen Kreise sprechen, zumal da keine Partei ein Interesse daran habe, daß die Öffentlichkeit davon Kenntnis erhalte, was bei den einzelnen Instituten, den Landbanken, den gewerblichen Genossenschaften, Banken usw. geschehe. Mit einer neuen Zusammenlegung, etwa der Commerz- und Privatbank mit der Danabank oder anderer Institute allein, sei nicht geholfen. Ein neuer Personalaufbau, ähnlich wie seiner Zeit bei der Fusion der Deutschen Bank mit der Diskontogesellschaft, würde die unüberwindliche Folge sein. Auch würde sich die Frage ergeben, ob nicht die Dresdner Bank, wenn sie für sich bleibe, in Zukunft durch die Konkurrenz solcher Bankkonzentrationen, wie der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft und der Commerz- und Privat- und der Danabank mit ihren ungeheuren Filialnetzen Schaden leiden könnte.

Eine weitere Frage sei die, wie die vom Reich gegebenen Garantien abgedeckt werden sollen. Vom Februar ab sollen die der Dresdner Bank zugesicherten Schatzanweisungen monatlich mit 12 Millionen Mark abgedeckt werden. Im übrigen werden bei der Reichsregierung im Augenblick Gedanken erörtert, die etwas vollkommen Neues darstellen. Die Dinge seien bereits in ein Stadium gekommen, das in den nächsten

empfindlich England von diesem Argument berührt worden ist, zeigen die bekannten Äußerungen von Keynes und Layton, daß kleine Reparationen besser seien als keine. Obgleich diese Äußerungen nicht mit der französischen Bedrohung der englischen Industrie, sondern mit der durch Beibehaltung kleiner Reparationen angeblich gesicherten Engung der deutsch-französischen Beziehungen begründet wurden.

Wichtiger als die öffentliche Meinung ist zur Zeit, wie

die englische Regierung

sich zu dem französischen Vorschlag stellt.

„Daily Telegraph“ will wissen, daß der englische Außenminister der Reichsregierung schon vorgeschlagen habe, das Reparationsmemorandum bis zum 1. Juli 1933 zu verlängern, und

„Daily Chronicle“ glaubt sogar mitteilen zu können, daß Deutschland seine Zustimmung nicht gegeben habe. Diese Meldung ist nach unseren Erkundungen falsch. Ein englischer Vorschlag ist bisher noch nicht an die deutsche Regierung gekommen, und insoweit hat er auch noch nicht abgelehnt werden können. Tatsache ist aber, daß in London fortgesetzt Besprechungen zwischen dem deutschen Vizekanzler und dem englischen Außenminister geführt werden. Daß die Antwort der deutschen Regierung aber nur ablehnend ausfallen kann, ist nach der mit dem Bafeler Gutachten begründeten Erklärung des Kanzlers selbstverständlich.

Besondere Beachtung verdient es noch, daß Daval sich in seiner Regierungserklärung nicht damit begnügt hat, die unmittelbar bevorstehende Reparationskonferenz erneut zu sabotieren, sondern daß er auch gleich einen zweiten rednerischen Torpedo auf die später liegende Abrüstungskonferenz losgelassen hat. Wenn Frankreich, als der am meisten hochgerüstete Staat, den Zweck der Abrüstungskonferenz darin sieht, die bestehenden Verträge erneut zu bekräftigen und Frankreichs Sicherheitskomplex zu verfestigen, dann wird man allerdings der Ansicht beipflichten können, daß diese Konferenz keinen Zweck mehr hat, da sie ja doch den Namen Abrüstungskonferenz von vornherein nicht verdient.

Tagen oder Wochen unter allen Umständen eine Entscheidung erzwinge.

Zum Schluß erklärt der Minister, daß die Tendenz innerhalb der Regierung dahin zusammenzufassen: Es solle der Einfluß der Reichsregierung auf die Banken wieder abgebaut werden. Der Minister wäre dankbar, wenn sich der Haushaltsausschuß in demselben Sinne äußern würde.

Kurzer Tagungsabschnitt des Landtages

Beileidstundgebung für Karsten-Centrum

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 19. Januar. Bei Beginn der ersten Sitzung des Preussischen Landtags im neuen Jahre gedachte Präsident Wittmann des Unglücks auf der Karsten-Centrum-Grube, zu dem er das Beileid des Landtags bereits ausgesprochen habe. Zu Ehren der Opfer des Unglücks erhoben sich die Abgeordneten von ihren Plätzen.

Der nur auf einige Tage berechnete Tagungsabschnitt begann mit einem Vortrag der Staatspartei über die Kommunisten gegen die sogenannte Fürstenabfindung, d. h. gegen die Zahlungen an Mitglieder ehemals regierender Herrscherhäuser. Der Staatspartei scheint im letzten Augenblick diese Verbindung nicht ganz angenehm gewesen zu sein, denn sie bemühte sich, die Anträge von der Tagesordnung verschwinden zu lassen mit der Begründung, daß der Rechtsausschuß und auch ein Reichstagsausschuß sich schon der Sache angenommen hätten. Der Versuch scheiterte aber. Die Abstimmung ergab, daß der Landtag die Aussprache wünschte. Der staatsparteiliche Antrag forderte, daß das Staatsministerium unverzüglich geeignete Schritte unternehme, um die Vermögensauseinandersetzung mit den vormals regierenden Familien und den preussischen Landesherren einer Revision zu unter-

ziehen und die dadurch ersparten Mittel für die Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung zu stellen. Der kommunistische Antrag verlangte die sofortige Einstellung aller Zahlungen und Entziehung allen Eigentums der Mitglieder der ehemals kaiserlichen und landesherrlichen Familien sowie die Einstellung aller Subventionen an Banken, Industrie und Großgrundbesitz und die Rückforderung der bereits hierfür abgegebenen Beträge. Beide Anträge wurden in der Abstimmung entsprechend dem Vorschlag des Hauptausschusses mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt. Es bleibt also in der Frage der Fürstenabfindung alles beim alten.

Der Landtag beschäftigte sich dann mit kleineren Gegenständen und wandte sich weiterhin der Beratung der Anträge des Ausschusses für Landwirtschaft zu.

Kommunistische Bürgerkriegsvorbereitungen

(Telegraphische Meldung)

Leipzig, 19. Januar. Der 4. Straßenausschuß des Reichsgerichts beurteilte zwei Kommunisten aus Berlin-Lichtenberg wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Verbindung mit Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung nach §§ 4 und 11 des Republikusgesetzes zu je zwei Jahren Gefängnis, von denen je ein Monat erlittener Untersuchungshaft als verbißt gelten. Es sind dies der 38 Jahre alte Arbeiter Emil Vogel und der 29 Jahre alte Arbeiter Ludwig Mittel-

dorf. Auf Grund des früheren Geständnisses des Angeklagten Vogel, daß er später mit der Begründung widerrief, es sei ihm von der Polizei abgepreßt worden, daß der Senat als erwiesen an, daß in Berlin-Lichtenberg der verbotene Rotfront-Kämpferbund unter dem Decknamen „Kampfbund“ weiterlebt, daß Vogel Einheitsführer der fünften Einheit und Waffeninstruktor gewesen ist und daß er von dem Angeklagten Mittel-

dorf als seinem Vorgänger eine Urkunde erhalten hat, die neben einer Reihe verbotener Druckschriften und einer Erlaubnisurkunde für Maschinenpistole 10 eine Menge von Straßenzügen enthält. Diese Straßenzüge wurden von einem maßgeblichen Berliner Polizeibeamten deshalb als taktische Anweisung für einen Bürgerkrieg gekennzeichnet, weil sie neben der genannten Angabe der Polizeireviere, der Telefon- und

Schwerer politischer Zusammenstoß

Zwei Tote, sieben Verletzte

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 19. Januar. In der Landeshauptstadt Kienitz in Mecklenburg-Ost am Schönböcker Weg kam es zu einer schweren Schieberei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Bislang sind zwei Tote, ein Schwer- und sechs Leichtverletzte zu verzeichnen. Bei den Toten handelt es sich um den 60jährigen Professor und Kunstmaler Ernst Schwarz aus Frohman, der der NSDAP angehört, und um den 50 Jahre alten Arbeiter Fritz Klemke aus der Kolonie Kienitz, der der KPD angehört. Der Kunstmaler wurde durch einen Messerstich in die Herzgegend getötet. Der Arbeiter Klemke wurde durch Bruch und Kopfverletzung getötet. Bislang wurden etwa 50 Verhaftungen vorgenommen.

Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 19. Januar. Die Zahl der von den Gemeinden betreuten Wohlfahrtserwerbslosen ist im Dezember weiter sehr erheblich gestiegen. Nach der Erhebung des Preussischen Statistischen Landesamtes vom 31. Dezember sind in Preußen 1112044 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose gezählt worden gegenüber 999585 am Ende des Vormonats, so daß sich im Dezember eine Zunahme von 11259 ergibt.

Gefängnis-Anträge im Lübeder Prozeß

(Telegraphische Meldung)

Lübeck, 19. Januar. Im Tuberkuloseprozeß beantragte der Oberstaatsanwalt auf Grund des § 222 Absatz 2 des Strafgesetzbuches (scharf-lässige Fälschung) gegen Professor Dendke und Obermedizinalrat Dr. Altstede eine Gefängnisstrafe von drei Jahren, gegen Professor Dr. Klog ein Jahr Gefängnis und Freisprechung der Schwester Anna Schübe.

Senkung des Bierpreises

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 19. Januar. Der Preiskommissar hat auf Grund seiner Verhandlungen mit den Brauereien angeordnet, daß der Bierpreis ab 1. 2. um 2 Mark je Hektoliter Vollbier gesenkt wird, also von 49,85 auf 47,85 Mark. Der Ausschankpreis soll eine entsprechende Senkung erfahren.

Die Dienstbezüge der staatlichen Beamten im Saargebiet werden vom 1. 2. ab um 5,75 bis 7,5 Prozent gekürzt. Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Gemeindebeamtengehälter werden ebenfalls herabgesetzt.

Präsident Hoover hat Staatssekretär Stimson mit der Führung der amerikanischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz beauftragt.

Unterhaltungsbeilage

Der Skandal auf Medthildishöhe

Roman von Kurt Martin

57

Copyright by Verlag Neues Leben, Bayr. Gm. H. Alle Rechte vorbehalten. (Nachdruck verboten)

Und er berichtete, wie er schon seit Jahr und Tag unter dem Zwange gelitten hatte, den der Vater auf ihn auszuüben verstand, unter dem Plan, der aus ihm und Alice ein Paar machen wollte. Er erzählte, wie schließlich das ihm vom Vater gestellte Ultimatum und Alice's Bittbriefe ihn zu einem verzweifelt Entschluß brachten, dahin nämlich, eine Verheiratung vorzutauschen, um künftig allen Zwanges ledig zu sein. Er gestand, daß er nie damit gerechnet hatte, sein Vater werde nun sogleich nach Deutschland kommen und seine Frau sehen wollen, daß die Nachricht von dem bevorstehenden Besuch ihn vollends zur Verzweiflung brachte und ihn zu dem Entschluß trieb, scheinbar den verheirateten Mann zu spielen, um allen erneuten Drängen des Vaters zu entgehen, daß er bei Bert Ebenstein Rat und Hilfe suchte und — fand.

Nun ergriff Bert Ebenstein das Wort. „Ja, meine Herrschaften, und auf diese Weise kamen wir nach Medthildishöhe. Wir hatten zunächst nur die Absicht, Manfred vor einer ihm lästigen Verheiratung zu schützen. Der Fall sah ziemlich leicht aus, wenn meine Frau auch nur sehr schwer die ihr zugebachte Rolle übernahm. Aber dann kam es plötzlich ganz anders! Es erschienen weit mehr Gäste auf Medthildishöhe, als wir ahnten. Und damit war es doch noch nicht genug! Die Dinge entwickelten sich sehr überraschend. Mein Freund Manfred, der bis vor kurzem sehr wenig für das ganze Geschlecht übrig hatte, fing mit einem Male Feuer. Er verliebte sich.“

In kurzen, treffenden Bildern ließ Bert Ebenstein all die vorausgegangenen Ereignisse vor seinen Zuhörern nochmals vorüberziehen, und er schloß:

„Jetzt war es Zeit, daß alles zum Ende kam. Mit Ellen war mir schon viel zu traurig geworden, und Mit Helen schien durch unsere eifrige Geheimnissjagerei Mit Rother beinahe zur Verzweiflung getrieben zu werden. Deshalb — verlor ich das bewußte Willst.“

Frank Cobler schnellte empor.

„Das haben Sie abichtlich verloren?“

„Aber selbstverständlich! Wenn meine Frau gewußt hätte, daß ich mir — Lauscher bestellt

hatte, wäre sie in jener Nacht natürlich nicht zu mir gekommen. Sie hätte aber keine Ahnung von meinem Plan. Deshalb klappte auch alles so — na, so ganz natürlich.“

Frank Cobler funkelte Julie Rother zornig an.

„Mit Ihrer gütigen Hilfe habe ich mich da ja niedlich klammert!“

Doch Bert Ebenstein beruhigte ihn.

„Aber nein, Mr. Cobler! Ich wollte das ja so. Sie erfüllten mir einen heißen Wunsch. Sie sollten ja Ihre Entscheidung machen. Sie sollten ja — den Skandal erleben!“

Nur mühsam kam es über Frank Coblers Lippen:

„Das — das ist tatsächlich unerhört! — Ich war Ihnen also nur Mittel zum Zweck!“

„Ja, Mittel zum Zweck, daß meine Frau ihr Goshpiel als Manfreds Gattin mit einem höchst dramatischen Abgang beschließen konnte. — Sie hat übrigens ihre letzte große Szene glänzend gespielt, wie Sie zugeben werden. Sie hat alles erreicht, was ich ihr zur Aufgabe gestellt hatte, und was ja auch ihr eigener Wunsch war. Sie hat dafür gejorgt, daß die Töchter zweier sehr kluger, weißblinder Männer nicht von ihren Vätern mit ins Hauptbuch als „Berte der Firma“ gesetzt wurden, sondern daß diese Mädchen seitens ihrer Väter „ohne Vorbehalt“ die Erlaubnis erhielten, nach ihrer Herzensneigung zu heiraten.“

Frank Cobler schlug sich in höhnendem Spott über seine Niederlage auf die Schenkel.

„Ich fabelhafter Idiot! Ich lasse mir solch weittragende Zusage abschwören, nur damit sich Manfred scheiden lassen und Helen heiraten kann, — und dabei kann er sich gar nicht scheiden lassen, Er ist ledig!“

Fran Marianne aber war plötzlich von drei frohen, lachenden Mädchen umdrängt, die im wirren Durcheinander jubelten:

„Wie glücklich haben Sie uns gemacht!“

„Für uns haben Sie das alles getan!“

„Danke, tausend Dank!“

Helen sagte:

„Und so viel Böses dachte ich von Ihnen. Verzeihen Sie mir! Ich — darf ich nicht zu sagen, Marianne, und Dich sehr, sehr lieb haben?“

Fran Marianne nickte gern Gewährr.

„Ich habe Euch alle drei herzlich lieb gewonnen. Glaubt mir, es war oft sehr, sehr schwer für mich, diese ganze Komödie noch weiterzuspielen. Zuletzt vollends. Da hielt ich aber Dir zuliebe aus, Ellen!“

Sie sah zu John Rother hinüber, der wortlos da stand und offensichtlich mit einem Entschluß rang. Sacht hob sie die Mädchen beiseite, trat zu dem stillen Mann und bot ihm beide Hände.

„Mr. Rother, bitte, verzeihen Sie mir! Sie haben mir oft bitter gegrollt, waren wohl eigentlich mein Feind. Ich mußte Ihnen ja auch deshalb heute eine Niederlage bereiten, — eben weil Sie mein Feind waren. Sonst wäre Ellen womöglich nie ein „fidelles Weib“ geworden. — Mr. Rother, einst sah Medthildishöhe eine jubelnde Braut: — Ihre spätere Gattin. Jetzt birgt Medthildishöhe — drei junge, glückselige Bräute! Bitte, freuen Sie sich doch auch ein wenig mit der frohen Jugend!“

Er schenkte sich erst schroff abwenden zu wollen. Dann aber verfuhr er, und schließlich sagte er nach den erhobenen Händen Fran Mariannens.

„Ich bin mit dem allen innerlich noch nicht fertig; aber ich bitte Sie auf alle Fälle um Verzeihung. — Wirklich: ich habe darum zu bitten, nicht Sie. Was Sie hier wirkten, das war entschieden ein Opfer, ein großes Opfer. Sie brachten sich selbst in eine peinvolle Lage, Sie mußten Anfeindungen erdulden. — Wenn Ihnen die Mädchen nun ihre Dankbarkeit und Freude zeigen, so will ich Ihnen dies Glück, vor erfüllten Aufgaben zu stehen, nicht schmälern. Ich heiße Sie als Gattin von Manfreds Freund auf Medthildishöhe herzlich willkommen, Fran Marianne, und ich bitte Sie, — doch wohl in unser aller Namen —: bleiben Sie recht lange bei uns!“

Ellen frohlockte.

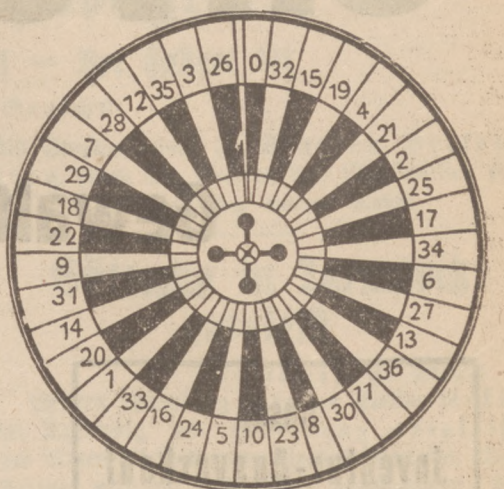
„Vater, du freust Dich also mit uns!“

Er schaute hin zu ihr, die sich im Wissen des Geborgenseins an Richard Windinger schmiegte, und von ihr fort zu Manfred, der Helen an sich zog und in ihren strahlenden Braunaugen sein Glück sich widerspiegeln sah.

„Medthildishöhe soll frohe Herzen sehen! — Vielleicht sind die doch reicher, die frohen Her-

Roulette-Rätsel

Welche Zahl gewinnt?
(Gelegentlich geahnt)



In jedes Nummernfach ist ein Buchstabe einzutragen. Es bedeuten im Uhrzeigersinn gelesen:

0—19 historische Insel, 15—2 kleines Schiff, 21—34 Schmuckstück, 17—11 Suppengeschäß, 36—8 römischer Kaiser, 30—23 europäische Hauptstadt, 8—24 bekannter griechischer Buchstabe, 23—20 Sprachrohr, 33—31 Brot-aufschnitt, 14—22 Insektenfresser, 9—28 Vogel, 29—26 dreistimmiger Gesang, 12—32 Stück Papier.

Sind alle Nummernfelder richtig eingetragen, so ergeben die ersten drei Buchstaben dreier gefundener Wörter die Bezeichnung für ein bekanntes Musikinstrument.

Wie beim Roulettepiel diejenige Zahl gewinnt, bei der der Lauf der Kugel endet, so gewinnt beim Roulette-rätsel diejenige Zahl, bei der die Tätigkeit des Räters endet, d. h., diejenige Zahl, die bei dem Endbuchstaben des zuletzt geratenen Wortes steht. Welche ist das?

gens sind, als die Rechenkünstler, zu denen ich schon lange, lange gehörte!“

— Ende. —

Selben

„Berrate, bitte, nicht meiner Frau, daß ich mir zwanzig Mark von Dir geborgt habe!“

„Nein, gewiß nicht — wenn Du meiner nicht sagst, daß ich soviel hatte!“

Und wieder triumphiert die Qualität.



Kurze Zeit kann man wohl den Raucher durch die Not der Wirtschaft bescheiden machen.

Doch dann verlangt er wieder mit Recht guten, ja hervorragenden Tabak.

Aber trotz herrlichen Genusses sparsam sein, das ermöglicht nur unser neuer Typ.

Was warfen Sie bisher von Ihrer Zigarette mit Goldmundstück oder ohne Mundstück fort? Etwa ein Drittel.

In Zukunft nicht, denn unser Hohlmundstück ermöglicht restloses Aufrauchen des Tabaks.

Bulgaria Rekord

Der neue Typ mit Hohlmundstück
2½ Pfg. Großformat

Aus Oberschlesien und Schlesien

Explosierende Sprengkapsel verlegt mehrere Kinder

Rosenberg, 19. Januar. In Kleinborek fanden Kinder beim Spielen eine Sprengkapsel und versuchten sie zu öffnen, indem sie sie über eine Kerzenflamme hielten. Die Kapsel explodierte und verletzte alle umstehenden Kinder. Einem Knaben wurden drei Finger der rechten Hand weggerissen, ein zweiter trug schwere Fleischverletzungen davon. Die übrigen Kinder erlitten nur leichtere Verletzungen. Die beiden Knaben mußten in das hiesige Krankenhaus geschafft werden. Woher die Kinder die Sprengkapsel hatten, steht noch nicht fest.

Der Räuber mit dem falschen Schnurrbart

Raubüberfall auf belebter Straße in Beuthen

Pfeffer in die Augen gestreut — Ohne Beute geflohen

(Eigener Bericht)

Beuthen, 19. Januar. Am Dienstag gegen 16,45 Uhr wurden auf der Gymnasialstraße vor dem Hindenburg-Gymnasium der Laufburische Alfred Finkel und die Kontoristin Ilse Vorstellmann, die bei einer Zigaretten-Gesellschaft angestellt sind, von einem Mann überfallen, als sie für die Firma 2000 Mark nach der Bank bringen wollten. Finkel fuhr im Schritt auf einem Fahrrad und verwahrte das Geld in einer Aktentasche auf dem Gepäckträger des Rades, während die Kontoristin zu Fuß neben ihm ging. Der Fremde streute dem Laufburischen Pfeffer ins Gesicht. Finkel stürzte. Bei dem zwischen beiden nunmehr entstandenen Handgemenge riß die Kontoristin die Aktentasche mit dem Gelde an sich. Als ein Straßenbahnzug herannah, floh der Täter in der Richtung nach dem Kaiserplatz. Er ist etwa 1,75 Meter groß, 23—25 Jahre alt, mittel, schlank, hat längliches Gesicht, hohe Stirn, dunkle Augen, stehenden Mund, hellblondes Haar und trug dunklen, ziemlich langen, wahrscheinlich falschen Schnurrbart. Bekleidet war er mit einer grauen Fuchshaut mit blauem Streifen, grauem, oben zugespitztem Jackett, langer gestreifter Hose und schwarzen Schuhen.

Zweidienliche Angaben erbitet die Kriminalpolizei Beuthen.

Das Messer auf der Hochzeitsfeier

Rosenberg, 19. Januar.

In Lenke kam es bei einer Hochzeitsfeier am Montag zu einer Schlägerei unter den Teilnehmern. Der Arbeiter Laner erhielt mehrere Messerstiche in den Rücken, Kopf und das Gesicht und mußte noch in der gleichen Nacht ins Rosenberger Krankenhaus geschafft werden. Die Landjägererei hat die Untersuchung aufgenommen.

Überfall auf einen Bierkutscher Geldtasche mit 273 Mark geraubt

Kattowitz, 19. Januar.

Als der in der Salzstraße wohnhafte Bierkutscher der Herzoglichen Schlossbrauerei, Emil Laffal, am Dienstag gegen 6 Uhr früh seine Wohnung verließ, wurde er kurz vor der Wohnung von zwei Männern überfallen und mit einem Gummischlauch, der mit Sand gefüllt und mit Draht umwickelt war, niedergeschlagen. Die Täter entriß Laffal eine Geldtasche, in der sich die Tageseinnahme von

D-Zug überrennt bei Breslau einen Kraftwagen

Das Auto zertrümmert — Der Fahrer tot

(Eigener Bericht)

Duppeln, 19. Januar. Nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion Breslau stieß am Montag gegen 17,20 Uhr der D 35 Berlin—Bentzen an der Kreuzung der Kunststraße Breslau—Dentsch-Lissa—Breslau—Herrnprotisch mit der Bahnstraße Glogau—Breslau am Bahnhof Herrnprotisch mit einem Breslauer Kraftwagen zusammen, der die vor-schriftsmäßig beleuchtete Bahnstraße durchfahren hatte. Das Auto wurde zer-trümmert und der einzige Insasse des Wagens getötet. D 35, dessen hinterer Teil von einer besonderen Lokomotive nach Klein-Breslau zurückgezogen werden mußte, erlitt

bis Breslau über 1½ Stunden Ver-spä-tung, sodaß von Breslau nach Oberschlesien ein Ersatzzug abgefahren werden mußte.

Güterzug in Tarnowitz entgleist

Kattowitz, 19. Januar

Gestern nachmittag ist in der Station Kallio bei Tarnowitz ein Güterzug entgleist. 500 Meter Gleis wurden hierbei beschädigt. Der Schaden wird mit 20 000 Mark angenommen. Es wurde niemand verletzt.

Aufregende Verbrecherjagd im Kreise Rhbnit

Einbrecherhande ausgehoben — Verzeifelte Kämpfe — Zigeuner als Bandenmitglieder

Rhbnit, 19. Januar

Die gesamte Kriminalpolizei des Kreises Rhbnit konnte nach stundenlanger Jagd in Schrin eine gut organisierte Einbrecherhande anschieben. Nachdem in an-deren Dörfern unermüdet Hausdurchsuchungen durch-geführt worden waren, wurden in Schrin in der Wohnung eines gewissen Schrynitzel der Bandenführer Mainka, seine Geliebte, eine Zigeunerin, und zwei Zigeuner, die zur Bande gehörten, überrascht. Mainka setzte sich verzweifelt zur Wehr und konnte erst nach längerem Kampfe überwältigt werden. In dem Hause des Schrynitzel wurden auch zahlreiche Waffen gefunden.

Straßenräuber mit Militärkarabiner

Kattowitz, 19. Januar.

Der Arbeiter Franz Liszka aus Gostyn ist vorgestern bei der Heimkehr von der Arbeit nachts auf der Chaussee bei Ober-Lagitz von drei Banditen überfallen worden, von denen der eine mit einem Militärkarabiner be-waffnet war. Ihm wurden 15 Mark und ein selbst durch mehrere Stöß-schläge am Kopf leicht verletzt.

Zu Pferd in voller Ausrüstung desertiert

Tarnowitz, 19. Januar.

Vor etwa einem halben Jahre ereignete sich der gewiß allein dastehende Fall, daß ein Mann des Tarnowitzer 3 Reiterregiments in voller Ausrüstung und zu Pferde seine Garnison verließ. Das Pferd des Soldaten wurde einige Tage später in der Nähe von Lauenburg aufge-griffen. Von dem Soldaten war bis jetzt jede Spur verschwunden. Jetzt gelang es, ihn in Ge-ladung festzunehmen. Es handelt sich um einen gewissen Wileginski, der dem Militär-gericht übergeben wurde.

Fünf Jahre Zuchthaus für einen Brandstifter

Rhbnit, 19. Januar

In dem Dorf Radlin bei Soslau ereig-neten sich im Sommer in kurzen Zeitabständen zahlreiche Brände. Mehrere Gebäude gingen in Flammen auf. Es lag Brandstiftung vor. Doch konnte der gefährliche Verbrecher nicht ge-faßt werden. Schließlich wurde der Arbeiter Konieczny aus Radlin verhaftet. Er gestand ein, sämtliche Brandstiftungen verübt zu haben.

Kunst und Wissenschaft „UB 116“ in Kattowitz

Unter der Regie von William Adel wurde die Erstausführung des Schauspiels „UB 116“ eine recht geschlossene Vorstellung. Das Stück fand vor einem ziemlich gut besetzten Hause starkes Interesse. Dieses verstärkte sich noch in dem Ge-danken, dem Reigen der politischen Schauspiele, die das Landestheater in dieser Spielzeit bereits auf-führte, eine andere Ideenwelt anzufügen oder gegenüber zu stellen. Im Mittelpunkt der Handlung steht die sympathische Gestalt des Ad-mirals, von Haus und Hof erfolgreich dargestellt. Neben ihm nennen wir besonders die Kapitäntent-nants von Herbert Schmitt, Alois Herr-mann sowie Hans Kewendt und Herbert Spalte. Der Ideenwelt des Dichters näherte sich außerordentlich Margarete Baronska. Auch Karin Sylva als Frau Oberleutnant Krause sowie Eva Kühne und Hebe Larjen spielten besonders einprägsam und lebenswahr. Der Re-gisseur Adel, der auch die Ordonnanz Engel-drahtisch verlor, hatte auf alle Neuheiten der Auf-führung großen Wert gelegt. Die Aus-stattung war vortrefflich.

Nach starkem Miterleben der Handlung verließ das Publikum tief ergriffen das Haus.

L. Sch.

Publikum und Kritik

Pariser Kritik gegen Milhaud

Der Einzug des Avantgardisten Milhaud in die heiligen Hallen der Pariser Akademie Na-tionale der Musik hat bei den Bannenträgern der Pariser Theaterkritik einige Bestürzung hervorgerufen. Milhaud genießt zwar nicht Ka-vel die weiteste internationale Anerkennung von allen lebenden französischen Musikern, gilt aber neben seinen Parteigängern im offiziellen Paris als ein verdächtiger, wenigstens sehr begabter Um-stürzler. Die Annahme seines „Maximilian“ war infolgedessen für viele Pariser Kreise ein unerfreulicher Zwischenfall. So erklärt sich die fast einstimmige Ablehnung, die das beden-

tende Werk in der großen französischen Presse gefunden hat. Die schärfste Kritik an Text und Musik übt P.-B. Cheuili im „Figaro“. „Mögli-ches, daß dies die Formel der Zukunft ist — Mögli-ches, daß dies alles einmal durch ... Der Komponist kennt die Grammatik, die Ortho-graphie und die Sprache, aber er spricht nur Operant und Volapük. ... Es ist die Ein-gebung eines kommunikativen Handlungsstrebens. Mit solchen Einfällen, in einem Alter, wo man aufhören muß, ein junger Anarchist zu sein, läßt man sich nicht in der Opera aufhängen.“ — Jean Prudhomme („Matin“) ist erstaunt, Milhaud auf dem Wege zur historischen Oper zu sehen. „Die Musik ist von unbestreitbarer Vielseitigkeit, und ihre Gewalt macht Bewunderung.“ Das Ueber-mach an Intellekt schadet ihren Gefühlswerten und ihrem Ausdruckswillen. Nur zufällig lösen sich Phrasen von klarer Zeichnung ab von einem Ge-samtbild, in dem die Polytonie herrscht.“ — Jacques Marteau im „Journal des Debats“: „Milhauds Musik ist sinnlos, ohne Seele. Es ist ein Chaos, das kein göttliches Wort je ordnen wird.“ — Ch. Tournet im „Revue Parisienne“: „Man kann sagen, daß es dreierlei Musik gibt, gute, schlechte und solche von Milhaud. ... Milhaud ist Führer der Avantgarde. Er sollte nicht vergessen, daß man in dieser Kampfstellung läßt, aber auch klug sein muß; man kommt sonst leicht in den Ver-dacht, zum Rückzug zu blauen.“

Das Publikum hingegen scheint die Ab-neigung der Presse gegen Milhauds Werk nicht zu teilen: es hat nicht nur öffentliche Generalprobe und Premiere mit Respekt angehört, sondern auch die Wiederholungen gut besucht und mit starkem Beifall bedacht. Die ganze Affäre, denn eine solche ist es tatsächlich geworden, gibt ein anschau-liches Bild von der Fortschrittsfeindlichkeit der Pariser Kritik, soweit es sich um die Belange offi-zialer Musikpflege handelt. Derselbe „Temps“ zum Beispiel, der sein literarisches Referat einem Manne von modernster Haltung und unabhängi-gem Weltbild, dem Kritiker Paul Souday, an-vertraut, läßt an Operndingen eine Kritik, die man getrost als kulturreaktionär bezeichnen darf.

Kritik erbt nach zehn Vorstellungen! Von dem Gesichtspunkt aus, daß abge-spielte oder mit zwei-tem Garnituren besetzte Stücke anders wirken

als eben erst auf dem Spielplan erschienene, hat man gelegentlich eine zweite, erst später er-folgende Kritik gefordert, ein Wunsch, dessen Erfüllung freilich schon die Ueberlastung der Kritiker entgegensteht. In gewissem Sinn soll der Gedanke aber jetzt, allerdings von anderen Ge-sichtspunkten aus, in Paris verwirklicht wer-den. Die dortigen Theaterdirektoren wollen die Kritik von nun an überhaupt erst zur zehnten Vorstellung einladen, wobei sie als Grund an-geben, man wolle den jüngsten Beurteilern nur gut eingepielte, völlig abgeschliffene Auffüh-rungen vorlegen. Ob dies das wahre Motiv ist, oder ob man es vielleicht darin zu suchen hat, daß die Direktoren zunächst den Eindruck auf ein un-be-einflusstes Publikum abwarten und danach ge-wisse Änderungen vornehmen oder, wie sich Böswillige ausdrücken, sich wenigstens zehn Tage lang das Geschäft nicht verderben las-sen wollen, jedenfalls erbebt die Kritik entsehrtenen Ein-spruch gegen eine solche Erneuerung.

Die Zukunft des Staatstheaters Wiesbaden. Die zwischen der Preussischen Regierung und den Vertretern des Staatstheaters Wiesbaden über die Zukunft der Wiesbadener Bühnen ge-führte Verhandlung hat nunmehr zu einer Verständigung geführt. Danach tritt der Staat Preußen nicht mehr als Träger des The-aters auf, vielmehr wird eine künftige Zukunfts-leistung gleichzeitig vom Staat, von der Stadt und vom Bezirk getragen werden, wobei ver-sucht werden soll, auch das Reich für Unter-stützungen heranzuziehen. Die beiden im Großen Haus vereinigten Wiesbadener Theater werden von jetzt ab wieder den Namen „Kassavisches Landestheater“ führen. Wie verlautet, wird auch mit Änderungen sowohl in der Leitung der Bühnen als auch im künstlerischen Ensemble ge-rechnet.

Über 1 Million haben „Jord“ gesehen. Welchen außerordentlichen Erfolg der Ufa-Groß-film „Jord“ hat, geht aus der Tatsache hervor, daß die 65 Theater, die vor Weihnachten und in der ersten Weihnachtswoche den Film ge-spielt haben, bisher eine Besucherzahl von reichlich 1 Million erreichten. Trotz Wirtschaftskrise wurden im allgemeinen die Besucherzahlen des Ufa-Großfilms „Das Flötensongeri von Sans-

souci“ erreicht, zum großen Teil sogar über-boten.

R. A. Frey als Bühnenautor. Nach Rechts-anwalt Dr. A. Brag hat jetzt auch sein großer Gegner, R. A. Frey ein Schauspiel für die Bühne verfaßt, das einen der umstrittensten Pa-ragraphen des Strafrechtsbuches behandelt. Das Werk, das den Titel „Meineid“ trägt, gelangt in Kürze durch den Bühnenvertrieb Deisterfeld & Co., Berlin W 15, zum Verstand an die Bühnen.

Unger-Aufführung in Frankfurt a. M. Ober. Vom Stadttheater Frankfurt a. M. Ober wurde das neueste Werk Hellmuth Ungers „Dreißig-jährig aus U.S.A.“ zur Aufführung er-worben, die unter der Regie des Intendanten Robert Bärner am 16. Februar stattfinden wird.

Eine neue Operationsmethode des Grünen Stars

Professor Schmanjki vor der Berliner medizinischen Fakultät

In Berlin demonstrierte in der Augenklinik der Universität der frühere polnische Senatsmar-schall, Professor Schmanjki, vor einem ge-ladenen Kreise von Wissenschaftlern sowie zahl-reichen Studenten eine von ihm erfundene neue Operationsmethode des Grünen Stars. Die Operation wurde an vier Fällen erfolgreich durchgeführt. An Hand eines Lehr-films nahm der Gelehrte Gelegenheit, der ge-samten medizinischen Fakultät der Berliner Uni-versität seine Methode vorzuführen. Die Dar-legungen sowie der Film fanden das angeregteste Interesse der Zuhörer.

Breslauer Professor nach Ägypten berufen. Der nichtbeamtete a. o. Professor und Assistenzarzt der Medizinischen Klinik der Universität Bres-lau, Dr. Martin Rothmann, ist als Ge-fährte der Inneren Abteilung in das neuverbaute Krankenhaus in Alexandria (Ägypten) berufen worden. Professor Rothmann wird dieser

Senkung der Brotpreise

Im Rahmen der Preislenkungsmaßnahmen ist zwischen dem Regierungspräsidenten und dem Bezirksverband Oberschlesischer Bäckereien folgende Vereinbarung getroffen worden:

„Von Montag, 18. Januar ab, ist der Preis für helle und dunkle Brote von 2 1/2 Pfd. Gewicht um 2 Pfg. zu senken. Diese Senkung gilt bei Broten von anderem Gewicht entsprechend. Wo der Preis nach dem 1. Januar bereits entsprechend gesenkt worden ist, tritt eine weitere Senkung nicht ein. In keinem Fall darf der Preis für ein 2 1/2-Pfd.-Brot aus 60-prozentig ausgemahlenem Roggenmehl 43 Pfg. übersteigen.“

Diese Herabsetzung des Brotpreises bedeutet für die Bäcker eine 10-prozentige Kürzung der Bruttoverkaufspreise, des Unterschiedspreises des Brotmehls gegenüber dem davon gebakenen Brot.

Heute wurde gegen ihn verhandelt. Er gab an, daß er Trinker sei und in seinem Rausch das bringende Bedürfnis habe, Feuer zu sehen. Da ein anormaler Geisteszustand des Verbrechens nicht festgestellt werden konnte, wurde er zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Beutßen und Kreis

* Hohes Alter. Frau Agnes Dobrainki wurde am Dienstag 80 Jahre alt.

* 70. Geburtstag. Brauereidirektor Hermann Schöfer von der Schulteis-Pathenhofer-Brauerei feierte seinen 70. Geburtstag.

* Im Silberkranz. Das Fest der Silbernen Hochzeit feierte vor einigen Tagen Tapeziermeister Kriesche mit seiner Ehefrau.

* Meisterprüfung. Die Tapezierer Bod und Schramm haben vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer in Oppeln die Meisterprüfung mit Erfolg bestanden.

* Gehilfenprüfungen. Der unter dem Vorsitz des Obermeisters Robert Jaworek abgehaltenen Prüfung der hiesigen Barbier- und Friseurkammer haben sich folgende Lehrlinge mit Erfolg unterzogen: Sanna Adolf bei Wodarka, Georg Ferdinand bei Monel, Karl Reichmann bei Tondera, St. Kergenstowski bei Niehm, Georg Fiedler bei Glawinkel, Herbert Hanske bei Batsch, Viktor Rischjor bei Kalyta, Georg Flahel bei Stehr, Franz Sampa bei Finkel, Karl Sampa bei Kanger in Bobref, Rudolf Manowski bei Ggolik in Bobref, Konrad Gebulla bei Kojel in Michowiz und Alfred Throll bei Wenzel in Schomberg. Außer dem Obermeister wirkten in der Prüfungskommission als Beisitzer mit: Friseurmeister Morawa, Friseurmeister Groß, Altgehilfe Adermann bei Marek und Zrl. Goldberith bei Freier. — Die Gehilfen-Prüfungskommission der hiesigen Schuhmacher-Zunftung setzte sich wie folgt zu-

Wetterausblick für Mittwoch: Im Süden und Osten des Reiches nur geringe Veränderung des Wetters.

Die Forderungen der Siedler

Verzweifelte Lage der ober-schlesischen Neusiedler

Siedlertagung des Oberschlesischen Landbundes

(Eigener Bericht)

Oppeln, 19. Januar

Die verzweifelte Lage der ober-schlesischen Neusiedler kam am Dienstag bei einer Siedlertagung des Oberschlesischen Landbundes in eindringlicher Weise zum Ausdruck. Als Vertreter der Behörden waren vom Oberpräsidenten Oberregierungsrat Wehrmeister, vom Landeskulturrat Regierungsrat Schultze, von der Landstelle der Ostfälischen Siedlerregierungsaffessor Stapel und ferner von der Oberschlesischen Landgesellschaft Dipl.-Ing. Heppner erschienen. Der Hauptgeschäftsführer des Landbundes, Freiherr von Ohlen, begrüßte die Vertreter der Behörden sowie die zahlreichen Siedler und übermittelte auch die Grüße des Landesverbandes, Ritterschulze von Machui. In der Eröffnungsansprache betonte

Freiherr von Ohlen

die Notwendigkeit der Siedlung im deutschen Osten. Die Siedlungen müssen lebensfähig erhalten und dürfen nicht durch hohe Belastungen unrentabel gestaltet werden. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag des Siedlungsreferenten des Reichslandbundes,

Regierungsrats a. D. Dr. Wenzel,

über das Thema „Der Kampf des Reichslandbundes für die Siedler“. In seinem Vortrag zeigte der Redner die großen Fehler auf, welche bei den Anwartsfragen und namentlich auch bei dem Siedlungsverfahren seiner Ansicht nach gemacht wurden. Die Ausführungen des Redners fanden in einer Entschiedenheit ihren Ausdruck, in der darauf hingewiesen wurde, daß durch die landwirtschaftliche Krise in Oberschlesien die im Laufe der Jahre angesetzten Neusiedler in eine unhaltbare Lage gekommen sind. Es wird dies umso verständlicher, als bereits der alteingesessene Besitz durch die Unrentabilität zum Erliegen kommt. Wieviel eher müssen Siedler ihre hart erkämpfte Existenz verlieren, die aus anderer Gegend kommen und im neuen Land, bei anderen Produktionsbedingungen, anderen Abnahmeverhältnissen Wurzeln fassen sollen. Die Neusiedler sind schon

jammer: Obermeister Paul Bartella (Vor-sitzer), Schuhmacher Kluska und Schuh-machermester Labus (Beisitzer). Vier Lehr-linge, Josef Wierupst bei Baron in Beuthen, Richard Kuba bei Kuba in Kottwitz, Ludwig Kanikel bei Prescher in Stollitzowiz und Rudolf Gielert bei Graja in Wilschütz be-standen die Prüfung und erhielten sämtlich das Prädikat „Gut“. Den theoretischen Teil der Prüfung leitete Gewerbeschuloberlehrer Bräulek.

* Deutscher Abend der Hitler-Jugend. Am heutigen Mittwoch findet im Konzerthaus ein

seit geraumer Zeit nicht mehr in der Lage, ihren Rentenverpflichtungen nachzukommen. Zum Ausbau ihrer Stellen und zur Deckung der durch die Krise verursachten Wirtschaftsverluste sind sie in immer härterem Maße in kurzfristige Personalverschuldung gekommen und nunmehr völlig zahlungs-unfähig. Im Interesse dieser Siedler muß deshalb geordnet werden:

1. Zinsentlastung durch Zinsanspruchnahme von Siedlungsmitteln;

2. Entlastung der Siedler von ihren Renten, soweit sie als untragbar festgestellt werden, mit dem Ziel einer Anpassung der von den Siedlern aufzubringenden Leistungen an die dauernde Er-tragsfähigkeit der Stelle;

3. für alle angelegten Siedler sind drei Frei-jahre zu gewähren unter Anrechnung des bereits gewährten Freijahres.

4. Sämtliche zur Verfügung stehenden neuen Siedlungsmittel sind grundsätzlich mit der Maß-gabe zu verwenden, daß ein erforderlicher Teil als Zinszuschuß, Kaufgeldnachschuß und zur Beseitigung von Baumängeln und sonstiger Fehler verwendet wird.

5. Umschuldung der aufgelaufenen Personal-schulden mit niedrigem Zinsfuß durch Verhand-lungen mit den Gläubigern unter Heranzie-hung von Zinszuschüssen aus den Siede-lungsmitteln.

Die Lage der ober-schlesischen Neusiedler ver-langt aber die Einleitung von

Sofortmaßnahmen.

Die Siedler fordern: Gestundete Renten werden bis zur Durchführung der vorgesehenen Entlastung der Siedler zinslos gestundet. Auf Antrag hin wer-den bis zur Behebung der augenblicklichen Krise und bis zur Herbeiführung der Rentabilität der Landwirtschaft die auslaufenden Renten ganz oder zum Teil gestundet. Zur Beschaffung von Saatgut und Düngemitteln, zur Fortfüh-rung der weiteren Bewirtschaftung der Siedler-stelle, Durchführung der Frühjahrspflanzung und Sicherung kommender Ernte sind entsprechende Beihilfen beschleunigt den Siedlern zu- zuleiten.

Deutscher Abend der Hitler-Jugend statt, bei dem Sanitätsrat Fronia eine An-sprache halten wird. Das Programm steht Ge-dichtvortrage, Sprechstunde und die Aufführung eines Werkspiels, verfaßt vom Gausführer der Hitlerjugend Schlesien, Pa. Altenborn, vor. In den Pausen Musik. Anschließend zwangloses Beisammensein und Tanz. Beginn 8 Uhr.

* Von der Freiwilligen Städtischen Feuer-wehr. Die Feiw. Feuerwehr hielt ihre Monats-versammlung ab, die vom 1. Vorsitzenden, Stadt-brat Bresler, geleitet wurde. Oberbrand-

Die Glasfabrik Eisner arbeitet wieder

Sindenburg, 19. Januar

In den nächsten Tagen wird die Glas-fabrik Eisner, Sindenburg, die im Dezem-ber wegen Auftragsmangels still-gelegt werden mußte, wieder in Be-trieb gesetzt. Der Betrieb läuft dann wieder voll, jedoch die 120 Mann starke Belegschaft be-schäftigt werden kann.

Keine Schließung der Bergbaubteilung an der H. Breslau

Breslau, 19. Januar

Nach einer Mitteilung des Direktors der Technischen Hochschule hat das Kultus-ministerium auf telegraphische Anfrage ihn zu der Erklärung ermächtigt, daß das Kultus-ministerium eine Schließung der Abteilung für Berg- und Hüttenkunde nicht beabsichtigt. Die Technische Hochschule hat übrigens vor mehr als Jahres-frist eine besondere Sparkommission mit weitgehenden Befugnissen eingesetzt, die den gesamten Betrieb der Hochschule bis in die kleinsten Einzelheiten in bezug auf Ersparnis-möglichkeiten überwacht. Durch das rigoro-se Vorgehen dieser Kommission sind sehr erheb-liche Einsparungen erzielt worden.

meister Kujczal berichtete über die Weih-nachtsfeier, die einen guten Verlauf nahm. Die schlichte Feier war nur durch Spenden mög-lich geworden.

* Erster Kulturfilm der Volkshochschule. Die Volkshochschule hat einem allgemeinen Wunsch Rechnung getragen, indem sie von nun an monatlich zweimal im hiesigen Volkstheater Kulturfilme vorführen läßt. Erstmals ge-langt am Sonntag, 24. Januar, vormittags um 11,15 Uhr, im Volkstheater der Film „So-chalophonie“, nebst zwei Beispielen zur Vorführung.

* Trauerfeier für die verunglückten Berg-knappen. Die Beerdigung der beiden auf Karsten-Centrum verunglückten Bergleute Weiß und Mich findet heute, vormittags 9 Uhr, vom Knappschafslazarett aus statt. Wie wir hören, werden außer dem Repräsentanten der Hauptver-waltung der Schlegel, Direktor Dr. Werner, und dem Bergwerksdirektor Gaertner noch der Breslauer Bergbaupräsident und als Vertreter der Regierung der Präsident des Lan-desarbeitsamtes, ferner eine große Anzahl von Grubenbeamten und ein Kontingent von 50 Bergknappen teilnehmen.

* Blinder Alarm. Die Städtische Be-rufsschule wurde am gestrigen Montag wegen Rauchniederlagen in den Boden-räumen nach der Redenstraße 3 gerufen, ohne helfen zu müssen.

* Die Stadtfahne auf Halbmast. Der Ober-bürgermeister hat angeordnet, daß morgen, Mitt-woch, während der Dauer der Beerdigung der zwei Beuthener Bergknappen, die bei dem Unfall auf der Karsten-Centrum-Grube ihr Leben ver-loren haben, die Stadtfahne auf dem Stadt-hause auf Halbmast gesetzt wird, um auch

Weiterer Preisabbau!

Rotsiegel-Seife

Und trotzdem weiter die
wertvollen Siegelmarken

Bernung Folge leisten. — Prof. Rothmann stammt aus Kattowiz, wo er 1894 geboren ist. Er wurde 1919 Assistent an der Medizinischen Klinik an der Universität Breslau unter Profes-sor Winkowski, habilitierte sich 1925 und wurde im Wintersemester 1930/31 zum a. o. Pro-fessor ernannt.

Bernung Dr. Friedrich Oldenbourg. Zum Mitglied der Deutschen Kommission für geistige Zusammenarbeit ist Dr. Friedrich Oldenbourg, der erste Vorkämpfer des Börsenvereins der Deut-schen Buchhändler, vom Reichsminister des In-tern bis Ende 1934 berufen worden.

Das Programm der russischen Goethe-Feiern. Im Mittelpunkt der Goethe-Feiern in Sowjetrußland steht die von der Akademie der Wissenschaften in Leningrad geplante Fest-gebung, die in erster Linie den wissenschaft-lichen Werken Goethes und seiner Bedeutung auf diesem Gebiete gewidmet sein soll. Gleich-zeitig werden gegenwärtig die Aufführungen Goethe'scher Dramen an einer Reihe russischer Bühnen vorbereitet. Von den Verlagen der Sowjetunion ist die Herausgabe verschiedener Goethe-Ausgaben in Aussicht genommen. So gibt der Staatsverlag eine zehn Bände um-fassende Ausgabe neuer russischer Übersetzungen Goethe'scher Werke heraus, und bei dem Verlag „Academia“ ist ein Band von Gedichten Goethes in Vorbereitung. Auch eine Reihe neuer Goethe-Biographien soll demnächst veröffentlicht werden.

400 000 Besucher der Deutschen Bucherei in Leipzig. Die Deutsche Bucherei wurde im Jahre 1931 von nahezu 400 000 Personen besucht; 390 313 benutzten die Bücher- und Zeitschriften-bestände, 2596 besichtigten die Ausstellung. Die Be-nutzung entsprach, auf die 300 Öffnungstage des Jahres verteilt, einem täglichen Durchschnitt von 1301 Personen; den stärksten Tagesbesuch brachte der 29. Oktober mit 1591 Personen. Gegenüber dem Jahre 1930, das bei einem Tagesdurchschnitt von 1051 insgesamt 314 280 Besucher zählte, zeigt 1931 eine Steigerung um 70 033 oder 24 Pro-zent. Von der Gesamtzahl der Besucher wurden auf Grund der Eintragungen 7 Prozent als Fremde festgestellt, was einer Zahl von rund 28 000 auswärtigen Besuchern entspricht.

Operette und Varieté in Breslau

Die Direktion Brandner vom Corso-The-ater in Zürich hat das Breslauer Schan-spielhaus übernommen und führt jetzt in dem durch lange Tradition zum Operettentheater be-stimmten Hause das unverwundliche „Drei-mäderhaus“ auf. Es hat keinen Wert, wie-der einmal die Frage aufzuwerfen, ob es berech-tigt war, Schuberts Melodien für ein leichtes Singpiel zu mißbrauchen und gar aus Schubert, dieser ganz unoperettenhaften Gestalt, einen schmachtenden, schüchternen und enttäuschten Lieb-haber zu machen; es genügt festzustellen, daß in der Breslauer Aufführung die alten Melodien frisch und schön ohne allzuviel Zutaten und Sängervarianten der modernen Operette erklingen und daß das Publikum erfreut einem Orchester folgte, das auf nichts als einen schlichten Klang des einfachen melodienreichen Potpourris gestellt war. Bernhard Cong dirigierte in ruhiger und angenehmer Weise, wie die ganze Aufführung dadurch charak-terisiert war, daß nichts Auffälliges aus dem Rahmen Fallendes gesucht wurde und lediglich Schlichtheit und einfache Wiedergabe des simplen und dabei doch wirkungsvollen Stücks erstrebt schien. Wiedermeistlichkeit wurde gegeben, wie man sie 1907, als das „Dreimäderhaus“ zum ersten Male auf den Bühnen erschien, begriff, Sentimen-talität wurde nicht kaschiert, kurz es wurde nichts geändert, kein Eingriff mühte sich, das Singpiel gegenwärtig zu machen: Ein Stück von ehe-mal wurde wie ehe-mal gespielt. Den Schubert sang Heinrich Pacher ohne Pathos und in liebens-würdig-lustiger Art. Ichöll, der Vater der drei Töchter, die das „Dreimäderhaus“ bilden, lag in den Händen von Franz Schöber, der unaufrichtig die Bufforolle darstellte. Aus der Fülle der übrigen Darsteller fiel keiner im guten oder bösen Sinne heraus, es war ein ruhiges Ensemble-spiel.

Während bei Lieblich Siegfried Arno als Star die Bühne beherrschte. Er trat in einem Etch auf, den Späde Szakall im Berliner „Kabarett der Komiker“ auf seine Wirkung probiert hat, „Das Streichquartett“, einem frechen, nicht sehr bedeutenden, aber allge-mäßer von wirklicher Situationskomik. Der Schwant gab Arno Gelegenheit, sein bestes Talent, seine

schonddrige Ruhe zu entfalten. Das Programm, das um Arno herum aufgebaut war, bleibt durch-weg auf respektablem Höhe. Emanuel Steiner machte verblühende Redenluststücke und ex-zellente als Wissensphänomen, dem jedes Datum der Weltgeschichte bekannt schien. Vorher sah man Exzentriker, Rollschuhkünstler und hörte das Pro-fessor-Holländer-Trio. Verbollständigt wurde das Programm von einer Reihe lebender Bilder, die wesentlich von drei herrlichen Parvois gestellt wurden und durch einen ausgezeichnet durch-gearbeiteten Drahtseilakt.

Forsters „Der Graue“ im Echo der Berliner Presse

In einer Nachwortstellung des neugegründeten „Berliner Theaters“ in Berlin wurde das auch am Oberschlesischen Landestheater als Experiment herausgebrachte Schillerstück „Der Graue“ zur Aufführung gebracht. Die gesamte Berliner Kritik ist sich darüber einig, daß hier ein mehr-sonnig als überzeugend wirkendes Anfangswerk ohne zwingenden Grund in das Kampferlicht ge-stellt wird, ein Werk, das besser unaufgeführt ge-blieben wäre.

Im „Berliner Börsen-Courier“ schreibt Emil Faktor: „Jugendlichkeit wäre kein Gegen-argument, seitdem Schiller mit 17 Jahren seine „Räuber“ schrieb. Aber diese Jugendlichkeit hat zu dem Stoff keine Distanz. Sie gibt Bedrücktheit ohne die lebende Lustschicht, getreue Kopien ohne Beleuchtung. Daran entsteht vielfach Peinlichkeit und Gymnastik.“

Im „Berliner Tageblatt“ schreibt Erich Burger: „Der junge Autor läßt die sechzehn Bilder fast peinlich im Zustand reiner Schilberung eines Miliens und gibt ihnen nur selten treibende Kraft. Das Stück kommt nicht von der Stelle.“ — Auch Julius Knopf in der „Ber-liner Morgenzeitung“ spricht von „einer über-alteten Schillertragödie, die zur Parodie reizt. Die sechzehn Bilder bewegen sich in einem wech-selnden Auf und Ab; mehr nieder als auf!“

Und in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ sagt B. C. Werner ganz eindeutig und klar: „Dieses Drama verrät in allem denartig ent-

waffnend das Erstlingsstück, daß man von soviel Kindlichkeit auf der Bühne einigermaßen be-troffen wird.“ Der Fall mit dem grauen Anzug „zeugt von einer Jugendmonomanie, die sich der unwillkürlichen Komik einer dreistündigen Drama-tisierung nicht bewußt wird. Aber was ein Unrecht, den dramatisch vielleicht gar nicht un-begabten Autor, der vielleicht noch einmal nette Komödien schreiben wird, zu verhindern, sich ein Erstlingswerk im Schreibisch verschwinden zu lassen, wo es hingehört.“

Die Beschaffenheit des Erdkernes. Im Geo-dätischen Institut in Potsdam hat der Abteilungs-leiter Professor Dr. Haack seine Untersuchungen über die physikalische Beschaffenheit des Erd-innens jetzt fortsetzen können. Sie erbrachten zunächst den Beweis, daß jeder rotierende Körper einen rotationsmagnetischen Effekt zeigen muß. Haack konnte weiter nachweisen, daß die Mög-lichkeit besteht, das Vorhandensein des Erdmagnetis-mus auf die Beschaffenheit der Materie im Erd-kern zurückzuführen. Die in 2900 Kilometer Tiefe befindliche Unstetigkeitsfläche muß eine Grenzfläche viel tiefergehender Natur sein, als man bisher annahm. Nach Haacks Schlussfolgerungen besteht wahrscheinlich nicht der Erdkern aus Nickel-eisen, sondern umschließt die Metallschicht den Erdkern, während der Kern selbst aus Materie in einem nicht bekannten Zustande besteht

Oberschlesisches Landestheater. Heute Abend ist in Beuthen um 20,15 Uhr als 17. Abonnementsvorstellung „U-Boot 116“ und in Gleiwitz um 19,30 Uhr „Die Walfische“. Am Donnerstag ist in Königsbrunn um 20 Uhr „Die Blume von Sami“. Am Sonn-abend und Sonntag sind in Beuthen zwei Premieren. Am Sonnabend ist um 20,15 Uhr „Reizung Methu-salem“, Operette von Johann Strauß. Am Sonntag ist um 19,30 Uhr zum letzten Male als Volksvorstel-lung zu ganz kleinen Preisen die Operette „Der letzte Walzer“, um 20 Uhr ist die Premiere von „Lumpacivagabundus“.

Bühnenwortschlag Beuthen. Die nächste Auffüh-rung für die Mitglieder der Theatergemeinde findet am Sonntag mit „Lumpacivagabundus“ statt.

Die Gleiwitzer Großschlächter für Senkung der Fleischpreise

(Eigener Bericht)

Gleiwitz, 19. Januar.

Der Verein der Gleiwitzer Großschlächter hielt eine Versammlung ab, die der 1. Vorsitzende Josef Franika eröffnete. Meister Komroslo sen. gab einen Bericht über den Verlauf der Tagung des Interessenverbandes ober-schlesischer Großschlächtervereinigungen und des Obermeisterstages. In der Aussprache wurde die

Frage der Transportpreise

behandelt. Es wurde festgestellt, daß die Auswirkungen der Frachtensteigerung so gering seien, daß nach den bisherigen Berechnungen eine Ermäßigung von 25-30 % pro Rind eintritt. Der Leiter gab ein Schreiben des Bezirksvereins an den Regierungspräsidenten bekannt, in dem die Regierung gebeten wird, sich dafür einzusetzen, daß die Schlacht- und Fleischbeschaugebühren den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt werden. Wiederholt haben die einzelnen Innungen und Vereine sich an die Kommunen gewandt und einen Abbau dieser Gebühren zu erreichen versucht, da sie Fleischverteuern wirken. Nachweislich stehen die Gebühren 100 Prozent über dem Friedenssatz und belasten die infolge der

niedrigen Preise geschnürte Verdienstsparne. Sollen entsprechend der Notlage die Preise gesenkt werden, dann müsse der Regierungspräsident die einzelnen Kommunen bestimmen, daß sie sofort eine Senkung der Schlacht- und Fleischbeschaugebühren durchführen. Nun berichtete Kollege Komroslo sen. über die Schlachtsteuer, die in Preußen eingeführt werden sollte und schilderte den erbitterten Kampf, den die Wirtschaftsorganisationen bereits führen. An die Seite der Streiter hat sich auch die Landwirtschaft gestellt. Besonders interessierte noch die Eingabe des Reichsverbandes über die

Senkung der Preispanne und der Fleischpreise

an den Preisüberwachungskommissar Dr. Gorbeler, in dem diejenigen Vorschläge der Großschlächter gemacht werden, die allein dazu führen können, eine wirkliche Preissenkung zu ermöglichen; als solche werden vorgeschlagen: Senkung der Gebühren auf den Viehmärkten, Schlachthöfen und Fleischgroßmärkten, der Schlacht- und Beschaugebühren, der Schlachtsteuern und staatlichen Versicherungen, der Umsatzsteuer. Gefordert wird der fehlende Zollschutz für die Nebenprodukte.

so die aufrichtige Teilnahme der Stadt zu bekräftigen.

* **Beileid aus dem Schwabenlande.** Der schwäbische Heimatdichter Hermann Mohr aus Heidenheim hat der Stadt in einem Schreiben an den Oberbürgermeister seine Anteilnahme an dem Verewerksungsalud auf der Karsten-Centrum-Grube zum Ausdruck gebracht, sowie als Gruß aus dem mitfühlenden Schwabenlande ein Gedicht überreicht.

* **Gastspiel der Heimgartenpielfar.** Die Heimgartenpielfar Reize-Neuland gab im Promenaden-Restaurant ein Gastspiel, das leider nicht sehr zahlreichen Besuch anwies. Der Abend wurde mit dem Lied „Wie schön leuchtet der Morgenstern“ eröffnet, dem ein Lied aus dem 16. Jahrhundert „Maria und Josef“ folgte. Aus dem Blockflötenkonzert sind die „Mäuerle“ und der „Einzug der hl. 3 Könige“ erwähnenswert. Die Aufführung von „Die verlorbene Gerechtigkeit“ stand weit über dem Durchschnitt eines Heimspiel, ebenso das „Rippenpiel“ von Clemens Neumann. Es wäre zu wünschen, daß sich die Heimgartenpielfar durch ihr geistiges Auftreten neue Freunde erwerben hat, damit sie bei ihrem Wiederkommen ein volles Haus findet.

* **Vortrag im Hausfrauen-Verein.** Der Verein versammelte sich in seiner Mitglieder-versammlung am Dienstag im großen Kongreßsaal, die unter Leitung von Frau Professor Michail stand und überaus zahlreich besucht war, mit der Frage der Wohnungsbeschaffung und Wohnungsgestaltung. Die Hausfrauen verfolgten mit größter Aufmerksamkeit einen Vortrag des Studienrats Dipl.-Ing. Heitmann über die neuen Eigenheimstätten in der Hofeistraße. Der Redner ging noch auf die sozial- und bevölkerungspolitischen Bestrebungen der Eigenheimbewegung und auf die gezielten Grundlagen ein. Dann behandelte er die Formung der Räume und die Einrichtung des Eigenheims, was in erster Linie zu den Aufgaben der Hausfrau gehört. Die Einrichtung soll zweckmäßig nach den Gesichtspunkten der Raumersparnis und der Arbeitsersparnis vorgenommen werden. Beim Eigenhaus lassen sich die verschiedenartigsten Bedürfnisse erfüllen, bei Mietwohnungen dagegen nicht. Von besonderer Bedeutung ist der Nutzgarten. Nicht nur Schranke, sondern auch Wächter und dergl. können in Form von Mischen eingerichtet werden. Durch Aufstellung zweckmäßiger Geräte und Heizanlagen und Anbringung von ausreichenden Wasserentnahmestellen kann der Hausfrau viel Arbeit erspart werden. Die Heimstätte Beuthen hat es sich zur Aufgabe gemacht, diejenigen, die die Vorteile der Eigenhäuser erfahren, bei der Beschaffung von Baugrund, Geldmitteln und Hypotheken sowie bei der Anfertigung der Baupläne zu unterstützen. Der Besuch der Eigenheimausstellung an der Hofeistraße wurde empfohlen. Die Vorsitzende dankte für die Ausführungen und trat für Förderung des Eigenhauses, wo dies möglich sei, ein. Dann wurde ein Lehrfilm der Handarbeit „Kleibige Hände“ vorgeführt. Am nächsten Dienstag veranstaltet der Verein im Kongreßsaal einen Familienabend.

* **Quartalsversammlung der Schuhmacher-Zwangsinnung.** Unter dem Vorsitz des Obermeisters Paul Bartella hielt die Schuhmacher-Zwangsinnung ihre Quartalsversammlung ab. Der vom Schriftführer Engl erstattete Jahresbericht gab ein Bild der traurigen Wirtschaftslage des Schuhmacherhandwerks. Ueber den Obermeisterstag in Kambzin erstattete Obermeister Bartella Bericht. Stellvertretender Schriftführer Klose brachte den umfangreichen Briefwechsel der Innung mit dem Magistrat und anderen Stellen zur Kenntnis der Versammlung, der eine Verhinderung der Niederlassung der Schuhfabrik Bata hier in Beuthen zum Ziele hatte. Der ergebnislose Verlauf der Verhandlungen löste unter den Innungsmitgliedern große Enttäuschung aus, zumal Bata hier in Beuthen nicht nur eine Verkaufsstelle, sondern auch eine Schuh-Reparaturwerkstatt eingerichtet hat, die für viele Schuhmacher das Ende bedeuten dürfte. Grenobermeister Michail, der über zwei Jahrzehnte an der Spitze der Innung gestanden und der Bata die sämtlichen Geschäftsräume in seinem Grundstück auf der Gleiwitzer

Strasse zur Verfügung gestellt hatte, wurde durch einstimmigen Beschluß der erregten Innungsmitglieder aus der Liste der Innung gestrichen. Zur Wiederanstellung des vom Magistrat aus Sparmaßregeln abgeordneten Sachlehrers Dziuba an der Städtischen Fortbildungsschule sollen an den zuständigen Stellen die erforderlichen Schritte unternommen werden. Die beiden aus-scheidenden Vorstandsmitglieder Engl und Maron wurden durch einstimmigen Wiederwahl. Innungsmitglied Srola hielt einen Vortrag über die Lage des Schuhmacherhandwerks in der früheren und jetzigen Zeit und gab in seinen Ausführungen den freien Innungen den Vorzug gegenüber den Zwangs-Innungen. Die Anregung des stellvertretenden Obermeisters Baron zur Gründung einer „Interessengemeinschaft“ innerhalb der Innung fiel auf fruchtbaren Boden. Die Gründungsversammlung findet am Mittwoch, abends 8 Uhr, im Saale des katholischen Vereinshauses statt. Für die Wahl von Sachverständigen für das Finanzamt wurde eine Anzahl geeigneter Innungsmitglieder aus Stadt und Land in Vorschlag gebracht. Als Beisitzer für die Gesellenprüfungen wurden Srola und Baron neu gewählt. Die Wahl von Mitgliedern für das Innungsgerichtsamt fiel auf die Innungsmitglieder Baron und Dziuba.

* **Fleischer-Innungs-Versammlung.** Die freie Fleischer-Innung hielt ihre Quartalsversammlung ab, die Obermeister Gohla eröffnete. Nach Erledigung des Jahres- und Kassensberichtes wurde der Meister Wilhelm Leichner aus Anlaß seines 70. Geburtstages und seiner 35jährigen Mitgliedschaft zum Ehrenmitglied ernannt. Meister Johann Nawrath lehnte die Ehrenmitgliedschaft ab. Obermeister Gohla, der krankheitshalber das Obermeisteramt niederlegen wollte, erklärte sich bereit, dieses Amt bis zur nächsten Quartals-versammlung weiterzuführen. Zur Festsetzung der Schlachtlöhne wird eine besondere Versammlung einberufen. Der Antrag, dahin zu wirken, daß die Schlachthallenpacht ab April ermäßigt wird und die Pacht monatlich im voraus zu zahlen ist, wurde angenommen. Nach kurzem Gedankenaustausch über die Verunglückten der Karsten-Centrum-Grube wurde die Versammlung geschlossen.

* **Evangelischer Männerverein.** Der Verein hielt im Volksheim des Evangelischen Gemeindefaßes seine monatliche Versammlung mit Damen ab. Der 1. Vorsitzende, Superintendent Schumacher, begrüßte in seiner Eröffnungsansprache die Teilnehmer, besonders die Redner, Studienrat Einich, der einen lehrreichen Vortrag über „Die evangelische Kirche der Gegenwart in ihrer Abwehrstellung“ hielt. Als besonderen Erfolg des Vortrages konnte der Eintritt von fünf Mitgliedern zum „Evangelischen Bund“ verzeichnet werden. Der 1. Schriftführer, Krosowik, gab unter Beifall bekannt, daß vor mehreren Jahren ein Mitglied nach Amerika ausgewandert ist, aber trotzdem wieder durch seine erneute Ueberweisung des Mitgliedsbeitrages seine Verbundenheit mit dem Verein bekräftigt. Die monatlichen Versammlungen finden jeden dritten Sonntag im Monat statt. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß der Verein am 31. Januar, 19 Uhr, im großen Saale des Evangelischen Gemeindefaßes einen Familienabend mit Theater und Tanz abhalten wird.

* **Sti-Bund.** In der letzten Monatsversammlung teilte der Vorsitzende, Markschieder Schmidt, mit, daß die während der Weihnachtsferien unternommenen größeren Stikasflüge ohne jeden Unfall verlaufen sind. Als erste Dame in Oberschlesien erhielt Frä. Käthe Hoffmann das Silberne Sportabzeichen. Der Vereins-Trainingslauf findet am Sonntag, 21. 2., bei guten Schneeverhältnissen in Kottwitz statt. Die Preisverteilung ist in der Kreiszeitung. Am 5. und 6. März findet der beabsichtigte Ausflug in die Besiden nur für geübte Läufer statt, an dem auch der Sti-Bund Hundenburg und der Sti-Bund Gleiwitz teilnehmen werden. An der Schleischen Skimeisterschaft am 23./24. Januar in Reinerz beteiligen sich: Lehmann, Elmer, Wiemann, Rosoff, Kottwitz, Goin und Kienwart. Potrawa. Am Damenabendspiel, der gleichfalls am 23./24. Januar stattfindet, nimmt Frä. Hoffmann teil. Am Jugendfesttag, den 30./31. Januar in Bad Landeck

Die Gleiwitzer Neuhausbesitzer an die Regierung:

Der Neuhausbesitz vor dem Zusammenbruch

Wohnungsbau ohne Hauszinssteuer — Leerstehende Wohnungen Die hohe Zinslast

(Eigener Bericht)

Gleiwitz, 19. Januar.

Bereits im November hat sich die Arbeitsgemeinschaft der Neuhausbesitzervereine in Gleiwitz für das ober-schlesische Industriegebiet veranlaßt gesehen, sich an die Regierung zu wenden und die außerordentlich schwierige Lage des Hausbesitzes darzulegen. Besonders schwierig ist diese Lage deshalb, weil zu einem sehr erheblichen Teile ohne Hauszinssteuer gebaut wurde. Die ober-schlesischen Kommunen hatten infolge der großen Wohnungsnot die Hauszinssteuer schon für kommende Jahre im voraus vergeben, als es notwendig war, die Erstellung von Wohnungen mit Rücksicht auf die überaus große Zahl der Flüchtlinge stark zu beschleunigen. In wenigen Jahren wurde im Industriegebiet außerordentlich viel gebaut, und die Kommunen hatten in den folgenden Jahren keine Hauszinssteuer mehr zu vergeben. Da aber die Wohnungsnot nach wie vor sehr groß war, gingen die privaten Bauunternehmer dazu über,

ohne Hauszinssteuermittel

zu bauen. Schon damals gab es erhebliche Schwierigkeiten, Kredite nach Oberschlesien zu bekommen. Möglich war es nur zu verhältnismäßig sehr hohen Zinssätzen und unter großen Verlusten.

Die Mieten wurden unter diesen Umständen recht hoch. Da unter anderen Umständen die Finanzierung kaum möglich war, hatte der Magistrat Gleiwitz die Bürgschaft für die zweiten Hypotheken übernommen. Gleiwitz ist damit die einzige Kommune im ganzen Reich, in der an Stelle von Hauszinssteuern Hypothekenbürgschaften gegeben worden sind. Die hohen Mieten, die im vergangenen Jahre noch erzwungen waren, haben sich in den letzten Monaten sehr geändert. Die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage hat es mit sich gebracht, daß viele mittlere Wohnungen leer standen und ein besonderer Andrang nach den Kleinwohnungen erfolgte. Dem Neuhausbesitz fällt es unter diesen Umständen schwer, die Zinsen und die Tilgungsquoten aufzubringen. Man hat daran gedacht, eine Teilung der größeren Wohnungen vorzunehmen, was aber mit erheblichen Kosten verbunden ist und zu dem die notwendigen Mittel nicht vorhanden sind.

Der Neuhausbesitz im Industriegebiet und ganz besonders in Gleiwitz steht

vor dem Zusammenbruch.

Zahlreiche Zwangsverwaltungen und Zwangsversteigerungen sind bereits erfolgt, und es ist zu befürchten, daß sämtliche ohne Hauszinssteuern erbauten Häuser zur Zwangsversteigerung gelangen, falls nicht sofort Hilfsmaßnahmen getroffen werden. In Gefahr gerät dabei auch die Stadt, da sie insgesamt für drei Millionen M. Bürgschaften für Häuser geleistet hat, die insgesamt einen Wert von zehn Millionen M. haben. Sie müßte die Häuser erwerben, wenn sie nicht in die Lage kommen will, daß die Hypothekengläubiger ihre Ansprüche an die Stadt stellen. Die kommunale Verwaltung der Häuser würde aber einen umfangreichen Verwaltungsapparat erfordern, der weit teurer wäre, als die jetzt von den Eigentümern durchgeführte Verwaltung. Die Stadt kann unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen und in Anbetracht ihrer finanziellen Lage an den Erwerb von Neubauten nicht denken. Die Arbeitsgemeinschaft der Neuhausbesitzer-Vereine für das ober-schlesische Industriegebiet hat sich nun an den Regierungspräsidenten und an

die Abgeordneten der Fraktionen des Reichstages und des Landtages gewandt und auf diese katastrophale Lage hingewiesen. Die Neuhausbesitzer verlangen, daß sie nachträglich die Hauszinssteuern erhalten, die ihnen seinerzeit nicht gegeben worden sind. Der Magistrat Gleiwitz hat seinerzeit, als er die Bürgschaft übernommen hat, den Hausbesitzern das Versprechen gegeben, daß die Bürgschaftshypotheken später durch Hauszinssteuermittel erloscht werden. Dieses Versprechen konnte der Magistrat nicht halten, weil die Bestimmungen über die Zuweisung von Hauszinssteuermitteln inzwischen geändert wurden. Ueberall werden bei der Errichtung von Neubauten Hauszinssteuermitteln gegeben, nur in Gleiwitz und überhaupt im Industriegebiet mußte

mit Rücksicht auf die Flüchtlingsnot

so schnell gebaut werden, daß die Kommunen nicht in der Lage waren, die notwendigen Hauszinssteuermittel zur Verfügung zu stellen.

Die Zinsermäßigung, die durch die Notverordnung eingetreten ist, wurde den Mietern restlos durch Verbilligung der Mieten aufgebracht. Das hat aber nicht genügt, denn die Mieter haben zum größten Teil von ihrem in der Notverordnung festgelegten Kündigungsrecht Gebrauch gemacht und streben danach, in kleinere und billigere Wohnungen zu kommen. Unter diesen Umständen wird die Lage des Neuhausbesitzes immer schwieriger, zumal die Neuhausbesitzer ihre letzte Reserve aufgewandt haben, um ihren Zinsverpflichtungen nachzukommen und ihre Grundstücke behalten zu können. Der Neuhausbesitz weist darauf hin, daß er hier mit allen Mitteln um die Erhaltung seines Besitzums kämpft und daß er es als einen Akt der Gerechtigkeit und als Pflicht des Reiches betrachtet, wenn nachträglich die Hauszinssteuermittel gewährt werden, die in allen Teilen des Reiches den Erbauern von Wohnungen gewährt wurden. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Neuhausbesitzer keine Ausnahmebehandlung verlangen, daß sie gerade hier im Grenzland außerordentlich stark benachteiligt worden sind. An genauen Beispielen ist errechnet und bewiesen worden, daß die Angaben keineswegs übertrieben sind, daß vielmehr selbst bei denjenigen Neubauten, in denen alle Wohnungen vermietet sind und von allen Mietern die Miete bezahlt wird,

eine Rentabilität nicht vorhanden

ist. Selbst die Reparaturen werden durch die Miete nicht aufgebracht, und auch die Verzinsung des Eigenkapitals fällt vollständig fort. Die Mittel, die für Ober-schlesien bewilligt worden sind, waren bisher auch so unzureichend, daß noch heute die größte Wohnungsnot der Klein-Wohnungen besteht. Reich und Staat haben verbilligte Geler für Neubauten in nur völlig ungenügender Maße zur Verfügung gestellt, jedoch es noch heute eine überaus große Zahl von Wohnungssuchenden gibt. Unter Berücksichtigung der großen Verluste ergibt sich für die an erster und zweiter Stelle aufgenommenen Hypotheken durchweg eine Verzinsung von 11-12 Prozent.

Hoffentlich hat der Appell des Neuhausbesitzes an Reich und Staat den Erfolg, daß eine Umschulung der Bürgschaftshypotheken in Hauszinssteuermittel erfolgt. Diese durchaus berechnete Forderung stellt nur die nachträgliche Erfüllung eines Rechtes dar, das allen anderen Unternehmern, die Neubauten errichtet haben, durch die Gewährung der Hauszinssteuer schon längst zugesprochen worden ist.

nehmen zahlreiche Jugendliche unter Führung von Dr. Lwowitzki und dem Vorsitzenden teil.

* **Reichsbund der Kinderreichen.** Donnerstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr. Monatsversammlung im katholischen Vereinshaus. Vortrag: „Borstädte, Kleinfamilien und Kinderreiche Familien“.

* **Jugendgruppe KÖF.** Heute, Mittwoch, nicht Gesangsstunde, sondern Lichtbildervortrag im Fürsorgewerk.

* **Katholische Frauenvereine.** Eine Liste über die Buchverteilung auf Grund der Anteilnahme für die Erwerbslosen liegt in der Geschäftsstelle der „Österr. deutschen Morgenpost“ und der Berufsverbände, Nebenstraße 28 IV, in der Zeit vom 15. bis 25. Januar zur Einsicht aus.

Michowiz

* **Kind lebend verbrannt.** Die dreijährige Christine Gzichowski, Tochter des Säners Anton Gzichowski, wurde lebensgefährlich verbrannt in das Anap-pelkrankenhause in Kottwitz eingeliefert. Sie ist noch am gleichen Tage gestorben. Das Kind war mit seiner vierjährigen Schwester in der verschlossenen Wohnung allein. Aufsteigend haben die Kinder vom Ofen eine brennende Karbidlampe geholt und damit gespielt. Dabei gerieten offenbar die Kleider in Brand. Auf das Geschrei der Kinder stiegen Hausbewohner durch das Fenster in die Wohnung und befreiten die Kinder.

* **Er fährt ins Blinde hinein.** In einem schmalen Abschnitt der Hindenburgstraße mußte ein Personenkraftwagen der Straßenbahn ausweichen. Der Chauffeur sah, daß vor ihm ein Junge einen

beladenen Handwagen zog, jedoch ein Ueber-holen unmöglich war. Er fuhr in den Handwagen hinein. Der Knabe wurde auf den Bürgersteig geschleudert. Der Chauffeur wollte das Weite suchen; Passanten zwangen ihn aber zum Halten, bis die Polizei erschien und ihn mit den Mit-fahrern zur Wache brachte. Der Knabe kam mit dem Schreck davon.

* **Jungmädchenfest.** In der Legehalle des Rathauses veranstalteten die Jungmädchen der Kreuzkirche ihre Generalversammlung. Der Präses begrüßte die zahlreich erschienenen Jungmädchen, besonders aber Gemeindevorsteher Dr. Lwowitzki. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Der General-versammlung schloß sich eine geistige Stunde und ein heiterer Teil an. Ein gemüthliches Tanzturnier beschloß den Abend.

Kottwitz

* **Wohltätigkeitsausführung für die Winterhilfe.** Der Männergesangsverein, die Landes-schulorchestre und der Turn- und Spielverein veranstalteten am Sonntag den Winterhilfe einen gemeinsamen Abend mit abwechslungsreichem Programm. Der Saal war dicht besetzt. Als Vorsitzender des örtlichen Winterhilfswerks begrüßte Ants- und Gemeindevorsteher Pyttel die Erschienenen. Der musikalische Teil des Programms, geleitet von Kapellmeister Bistup, brachte zunächst die Ertauführung des Landes-schulorchesters, ein Werk des Kapellmeisters Bistup, und die Ouvertüre zur Oper Mari-tana, das Dividenden-Potpourri, unaufgesehene Tänze, die Kantate „Im Walde“ u. a. Die Zuhörer folgten nicht mit dem Beifall, Recht auf-merksam wurde auch das Können der beiden Ki-cken des Turn- und Spielvereins ver-folgt, die am Red und Barren unter der Leitung

(Eigener Bericht)

Nahresbeginn im Katholischen Deutschen Frauenbundes. Der erste Nachmittag des katholischen Deutschen Frauenbundes im neuen Jahre, der bei starkem Besuch im Kasino der Donnersmarchhütte stattfand, wurde durch die Vorsitzende, Frau Sanitätsrat Dr. Wroclski, eröffnet, die besonders Pfarrer Wior und Oberkaplan Moschel begrüßte. Darauf hielt Pfarrer Wior die Kolendefeier. Pfarrer Wior sprach über die in dieser Zeit besonders empfehlenswerte Einrichtung des Kreuzweges, wobei durch das prächtige Gebet der Segen Gottes auf die Wohnungen der Bewohner herabgesandt wird. Frau Sanitätsrat Dr. Wroclski gab einen Ueberblick über die tägliche Arbeit der Sündenburger Gruppe. Es wurden rund 420 Sündenbitterinnen beschenkt, die unter Anleitung Vorstandsdamen in den Raststuben der Gruppe angefertigt wurden. Die Vorstandsdamen als verbienstvollt tätige Mitarbeiterinnen die Vorstandsdamen Frau Hanke, Frau Moschel, Frau Speck, Frau Böttcher, Frau Lehmann in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Am 15. Februar findet eine Besichtigung

Inwieweit sind Aufsichtspersonen im Bergbau angestelltenversicherungspflichtig?

Zu dieser Frage erhalten wir vom Reichsverband deutscher Bergbauangehöriger, Fachgruppe Bergbau, im Gesamtverband deutscher Angestelltenvereine, die nachstehende Zuschrift:

In den ersten Tagen dieses Monats hat die oberste Reichsbehörde eine ihr von uns zu dieser Frage zur Verfügung gestellte Zuschrift veröffentlicht. Danach sind auf Grund einer Entscheidung vom 4. 12. 1931 des Reichsversicherungsamtes die durch die Bergbehörde als Aufsichtspersonen im Sinne der §§ 73/74 des Allgemeinen Preussischen Berggesetzes anerkannten Aufsichtspersonen, wie Förderaufseher, Sprengstoffausgeber usw. im Gegensatz zu der bisherigen Auffassung der Grubenverwaltungen angestelltenversicherungspflichtig. Der Arbeitgeberverband der Oberbergschleifischen Montanindustrie hat der Presse eine Entgegnung zu diesem Artikel eingesandt, in der er die Richtigkeit dieser Auffassung bestreitet. Ja, er behauptet sogar, daß auf Grund der auch ihm bekannten Entscheidung des Knappschaftssenats vom 4. 12. 1931 das Gegenteil richtig sei. Zum angeblichen Beweis dafür zitiert er die Entscheidungsformel aus einer der hier in Frage stehenden Senatsentscheidungen.

Wenn man schon Entscheidungsformeln zitiert, dann kann wohl verlangt werden, daß dies wirklich geschieht. Das hat der Arbeitgeberverband aber nicht getan, sondern einen Teil eines Satzes aus der Entscheidungsformel einfach unterschlagen. Das allein ist schon verdächtig. Diese bewußte Irreführung wird aber noch offenkundiger, wenn man weiß, aus welchem Zusammenhang die vom Arbeitgeberverband zitierte (wie gesagt unvollständige) Entscheidungsformel steht und welches das Ergebnis der hier in Frage stehenden Senatsentscheidungen ist.

Am 4. Dezember 1931 hat der Knappschafts-Revisionsrat in Berlin in 3 Sachen, die sämtlich aus dem Gebiete des oberbergschleifischen Bergbaues stammen und durch uns vertreten wurden, entschieden. Es handelte sich um 2 Sprengstoffausgeber und einen Förderaufseher. Alle 3 waren für diese Ämter im Sinne der §§ 73/74 des Preussischen Berggesetzes anerkannt. Die Angestelltenversicherungspflicht hatte ebenfalls in diesem Sinne, also gegen die Angestelltenversicherungspflicht, entschieden. Die Prozesse dauern schon viele Jahre. Bezüglich der beiden Sprengstoffausgeber geht die Entscheidung dahin, daß ihre Tätigkeit bis zu ihrer Pensionierung angestelltenversicherungspflichtig ist. Das ist in den beiden Urteilen in ganz zweifelsfreier Weise klar ausgesprochen. Zum dritten Fall, der Sache des Förderaufsehers, nachstehend nur einige Sätze aus den Entscheidungsgründen des Senats:

„... Der Bergverwalter hat den Kläger damit in seiner Eigenschaft als Förderaufseher als eine zur Leitung und Aufsicht des Betriebes angemessene Person im Sinne der §§ 73/74 des Allgemeinen Berggesetzes für die Preussischen Staaten angesehen. ... Trotzdem hat er zu den nach jenem Recht angestellten versicherungspflichtigen Personen nur gehört, wenn er tatsächlich überwiegend die beaufsichtigende und leitende Tätigkeit des ihm übertragenen Geschäftsbereiches ausgeübt hat. Ob dies bei dem Kläger der Fall war, bedarf noch der Prüfung, erforderlichenfalls noch erneuter Beweisaufnahme. ...“

Zu dem letzteren Fall sei noch bemerkt, daß der Senat gar nicht um eine abschließende Entscheidung gegangen war, sondern sich zu beschränken hatte auf die Entscheidung der grundsätzlichen Frage, ob die Tätigkeit des betreffenden Förderaufsehers angestelltenversicherungspflichtig war. Der Senat hat die Sache zur weiteren Verhandlung und Entscheidung an das Knappschaftssozialversicherungsamt zurückverwiesen mit der Maßgabe, daß diese Frage noch der Prüfung bedarf. Jedenfalls ergibt sich aus dieser Entscheidung in ganz unzweifelhafter Weise, daß in allen Fällen, in denen die bergbehördliche Anerkennung für einen bestimmten Aufsichtsdienst erteilt ist und die betreffende Tätigkeit, für die die bergbehördliche Anerkennung ausgesprochen ist, auch tatsächlich überwiegend verrichtet wird, die Angestelltenversicherungspflicht vorliegt.

Wir hoffen, daß am Hand dieser Ausführungen es der Öffentlichkeit ermöglicht wird, selbst zu beurteilen, ob sie durch uns oder durch den Arbeitgeberverband der Oberbergschleifischen Montanindustrie falsch unterrichtet worden ist.

Zu der obigen Zuschrift nimmt der Arbeitgeberverband der Oberbergschleifischen Montanindustrie in nachfolgenden Ausführungen Stellung:

Bei der Abfassung unserer Entgegnung in Nr. 7 der „Ostpreussischen Morgenpost“ vom 7. Januar 1932 auf die in Nr. 3 veröffentlichte Notiz lag uns, wie damals ausdrücklich angegeben, der Wortlaut der Entscheidung des Knappschaftssenats des Reichsversicherungsamtes vom 4. Dezember 1931 noch nicht vor. Wir waren vielmehr auf den uns aus Berlin über-

landten Urteilsentwurf angewiesen, der folgendermaßen lautet: „Die Personen, deren Befähigung zur Leitung und Aufsicht eines Bergwerksbetriebes gemäß §§ 73, 74 Allgemeinen Berggesetzes von einem Bergverwalter bestätigt und anerkannt ist, unterliegen der Versicherung nach dem Angestellten-Versicherungsgesetz, wenn sie überwiegend eine leitende und beaufsichtigende Tätigkeit ausüben“. Nach diesem Wortlaut konnte niemand, der mit der Tätigkeit eines Sprengstoffausgebers einigermassen vertraut war, auf den Gedanken kommen, das Reichsversicherungsamt wolle Sprengstoffausgeber als zur Leitung und Aufsicht eines Bergwerksbetriebes bestellte Personen betrachtet wissen. Tatsächlich ist der Knappschaftssenat des Reichsversicherungsamtes bei dieser Entscheidung von einer objektiv unrichtigen Ansicht über die Tätigkeit eines Sprengstoffausgebers ausgegangen, wie folgende Sätze des Tatbestandes beweisen, die in der obigen Erklärung des Reichsverbandes Deutscher Bergbauangestellter leider, um seiner Ausdrucksweise zu folgen, „unterschlagen“ sind:

„Die Empfangnahme der angelieferten Sprengstoffe, die Leitung des Transportes von Sprengstoffen nach und von den Aufbewahrungsräumen über und unter Tage, die Herausgabe von Sprengstoffen darf nach den §§ 156, 161 der Allgemeinen Bergpolizeiordnung für den Oberbergamtsbezirk Breslau vom 18. Januar 1900 (Zeitschrift für die Bergwelt Bd. 45 S. 300 ff.) nur von Aufsichtspersonen im Sinne des § 253 dieser Bergpolizeiordnung vorgenommen werden. § 253 bezieht sich auf die Mitverantwortlichkeit der den Arbeitern vorgelegten Personen, welche Aufsichtspersonen im Sinne der §§ 74 ff. des Allgemeinen Berggesetzes sind.“

Während nämlich der 7. Abschnitt 3. Teil der Bergpolizeiordnung für den Oberbergamtsbezirk Breslau in § 156 von der „Empfang-

nahme der angelieferten Sprengstoffe“ und der „Leitung des Transportes von Sprengstoffen nach und von den Aufbewahrungsräumen über und unter Tage“ spricht, befaßt sich die im 7. Abschnitt 4. Teil der Bergpolizeiordnung stehende Vorschrift des § 161 lediglich mit der Herausgabe von Sprengstoffen. Die Entscheidung des Knappschaftssenats wirkt demnach 2 ganz verschiedene, auch in der Bergpolizeiordnung scharf voneinander getrennte Tätigkeiten durcheinander. Denn die in § 156 Bergpolizeiordnung aufgeführte Tätigkeit liegt den Sprengstoffaufsehern ob; die im § 161 geregelte Herausgabe von Sprengstoffen dagegen ist Sache der Sprengstoffausgeber. Nur auf diese letzteren aber bezogen sich unsere oben erwähnten Ausführungen. Wenn es auch zutrifft, daß auch Sprengstoffausgeber der bergbehördlichen Anerkennung bedürfen, so handelt es sich hierbei jedoch nicht um eine Anerkennung ihrer „Befähigung zur Leitung und Aufsicht eines Bergwerksbetriebes“, sondern lediglich um ihre Anerkennung für den betriebsplanmäßig festgelegten engbegrenzten Geschäftsbereich. Nur eine Anerkennung der ersten Art aber führt auch nach der Berufsgruppenbestimmung der Angestelltenversicherung vom 8. März 1924 zu einer Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung. Den uns in der obigen Notiz des Reichsverbandes Deutscher Bergbauangestellter gemachten Vorwurf der „Irreführung der Öffentlichkeit“ müssen wir daher, abgesehen davon, daß er eine bewußte falsche Orientierung voraussetzt, auch aus rechtlichen und sachlichen Gründen ganz entschieden zurückweisen.

Jedenfalls scheint nach den an dieser Stelle veröffentlichten entgegengesetzten Auffassungen über die Ansicht des Reichsversicherungsamtes zu dieser Frage das eine notwendig zu sein, daß das Reichsversicherungsamt seinen Standpunkt in den zur Zeit noch schwebenden gleichliegenden Verfahren eindeutiger und unmißverständlich als bisher zum Ausdruck bringt. Bis dahin erscheint uns jede weitere Erörterung müßig.

Groß Streschitz

* Katholischer Lehrerverein. Der Verein hielt seine Monatsversammlung am 1. Vorsitzenden, Lehrer Kiewald, eröffnet wurde. Lehrer Polczek, Stephansthal, hielt einen Vortrag über das Thema: „Der Sandkasten auf der Welle und der Sandkasten auf der Welle“. Der mit Beispielen erläuterte Vortrag fand großes Interesse. Anschließend sprach Lehrer Kiewald, Blottnitz, über die gegenwärtige schul- und beamtenpolitische Lage und erstattete den Bericht über die letzte Sitzung des Beamtenrats. Die nächste Sitzung wurde auf Sonntagabend, den 13. Februar, festgelegt.

Kreuzburg

* Dienstjubiläum. Der Lokomotivführer Hermann Schmidt bezieht am 18. Januar sein 25jähriges Fahrtenjubiläum.

* Auszeichnung. Der Vorsitzende des Kriegervereins Gottesdorf, Lehrer Rambo, ist von der Deutschen Wohlfahrtsvereinsgesellschaft des Reichs-Kriegerbundes Krieger zum Dank für jahrelange stille Sammelarbeit für die Kriegerwaisenhäuser zum Ehrenmitglied ernannt worden und hat das Abzeichen mit Urkunde erhalten.

* Männergesangsverein Germania. Am 24. Januar findet in Bittichen ein Grenzlandtreffen der Sänger statt. An dieser Veranstaltung nehmen teil Germania Kreuzburg, Concordia Sandberg. Am Abend veranstalten diese drei Vereine einen Choralabend, bei dem über 100 Sänger mitwirken werden.

Konstanz

* Hauptversammlung des Kriegervereins. Der Verein hielt unter dem Vorsitz des Kameraden Kaper seine Generalversammlung ab. Nach der Begrüßung der Kameraden erstattete Kamerad Beschmann den Jahresbericht. Die ausstehenden Vorstandsmitglieder wurden auf Zuruf wiedergewählt. Das Wintervergnügen wird am 6. 2. in einfachster Form nur innerhalb des Vereins abgehalten.

Leobsdorf

* Volksschulpersonalien. Am 1. April werden in den Ruhestand versetzt: Konrektor Br. Krause, Leobsdorf, Hauptlehrer W. Arndt, Wanowitz, Lehrer Th. Schanck, Dirschowitz und die Lehrerin Anna Kretschmer in Wanowitz.

* Vom Amtsgericht. Justizwachmeister Kaspere ist zum Justizoberwachmeister ernannt worden. In den Ruhestand tritt am 1. 4. d. J. Strafanwaltsoberschreiber Schindler.

* Priesterjubiläum. Im preussischen Anteil der Diözese Pommern feiern das 40jährige Priesterjubiläum Monsignore Dechant Müller, Leobsdorf, und Pfarrer A. Woinil, Leobsdorf. Vater Hubertus Reichel OSM kann auf eine 25jährige Tätigkeit als Ordensgeistlicher zurückblicken.

Guttentag

* Ernennung. Der Kommissar für Ostböhmen, Dr. Wichmann, Guttenberg,

Schädliche Industrieabwanderung nach England

Eine Fehlspekulation deutscher Firmen

In der deutschen Öffentlichkeit häufen sich die Anzeichen der englischen Verjüngung, deutsche Industrieunternehmen zur Auswanderung nach Großbritannien zu verleiten. Im wachsenden Maße fordern englische Städte deutsche Fabrikanten auf, eine Fabrik in England zu bauen oder zu pachten. Von amtlicher englischer Seite werden solche Bestrebungen scharf gefördert, um durch neue Industrien in England neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ein Unternehmen der Dörschacher Lederindustrie hat bereits einen solchen Vertrag abgeschlossen, und auch eine Solinger Stahlwarenfabrik beabsichtigt eine solche Auswanderung. Auch einige kleinere Firmen der elektrotechnischen Industrie und der Textilindustrie sollen sich mit ähnlichen Gedanken tragen. Privatwirtschaftlich gesehen, ist für manche Unternehmer der Gedanke, mit der Produktion nach England auszuwandern, schon um dadurch den sonst unübersteigbaren englischen Wertzoll zu überspringen, verlockend. Man vergißt aber dabei, daß die Verhältnisse in England gegenwärtig außerordentlich unklar sind und die ganze Situation solcher deutscher Fabrikanten schon in kürzester Zeit über den Haufen geworfen werden könnte, wenn z. B. womöglich die englischen Zölle bei der Neuverteilung des englischen Tariffs wieder beträchtlich herabgesetzt werden. Außerdem sind die Produktionskosten in England nur vorübergehend niedrig, solange sie sich nämlich der Pfundwertung noch nicht oder nur unzulänglich angepaßt haben. Mit einem starken Steigen der Produktionskosten muß in absehbarer Zeit gerechnet werden. Vom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft müssen solche Bestrebungen aufs schärfste bekämpft werden. Durch jede derartige Auswanderung wird weiteren deutschen Arbeitern die Arbeitsmöglichkeit beschritten. Der Reichsverband der Deutschen Industrie wird sich bereits in den nächsten Tagen mit dieser Frage beschäftigen und seine Mitglieder aus privatrechtlichen und volkswirtschaftlichen Gründen dringend warnen.

Polnische Landläufe in Deutschland

In einer kleinen Anfrage des Landvolks im Preussischen Landtag wird auf Pressemitteilungen hingewiesen, wonach die Verjüngung des polnischen Staates, mittelbar oder unmittelbar in den Besitz landwirtschaftlicher Betriebe innerhalb unserer Grenzen zu gelangen, einen immer stärkeren Umfang annehmen. Allen Anschein nach würden von deutscher Seite nicht in erforderlicher Weise Abwehrmaßnahmen ergriffen, um die polnischen Landläufe zu unterbinden. Das Staatsministerium wird gefragt, ob Statistiken über den Erwerb deutscher Betriebe innerhalb unserer Grenzen durch polnische Staatsangehörige bestehen, ob es bereit sei, die Landräte anzugehen, in allen möglichen Fällen von den Vorschriften der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken Gebrauch zu machen und ferner Erwägungen darüber anzustellen, ob auf Grund der verstärkten Anwesenheit durch die Polen schärfere Gesetzbestimmungen angebracht sind.

Kirchenaustritte in Berlin

Aus den drei großen Religionsgemeinschaften in Berlin sind nach den Veröffentlichungen des Statistischen Amtes von 1925 bis 1930 insgesamt rund 295 000 Personen ausgetreten. Fast die Hälfte sind Frauen. Es traten aus 1925: rund 30 800, 1926: 45 500, 1927: 41 800, 1928: 52 200, 1929: 57 600, 1930: 66 600. Bei 3 Millionen Evangelischen erfolgten insgesamt 260 700 Austritte, bei rund 400 000 Katholiken 30 400, bei rund 177 000 Israeliten insgesamt 3410 Austritte. Die Zahl der jährlichen Uebertritte von der katholischen zur evangelischen Kirche schwankt zwischen 600 und 800 Personen. Die jährlichen Uebertritte von der evangelischen zur katholischen Kirche bewegen sich zwischen 10 und 30.

genieur Slabig und als Stellvert. Kassierer Aufseher Schliwa gewählt. Als weitere Mitglieder des engeren Vorstandes gehören der Fraktionsvorsitzende und die Führer des Frauenauschusses an. Als neue Beisitzer wurden hinzugefügt: Frau Sanitätsrat Dr. Wosniha, Frau Scherer, Studienrat Dr. Wilczek, Oberingenieur Mahr, Dachdeckermeister Altman jun., Arbeiter Kewitz, Kaufmann Rusnok und Volkshilfsbeamter Reske. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles hielt Dr. Knaak einen Vortrag „Wir und die Nationalsozialisten“.

* Reichsgründungsfeier des Stahlhelms und Lützenbundes. In dem überfüllten Saal der Handwerkskammer begann die Ortsgruppe Dörschach des Stahlhelms, gemeinsam mit dem Königin-Luise-Bund, eine Reichsgründungsfeier zur Erinnerung an die Schaffung des Bismarck-Reiches 1871. Nach einleitenden Klängen der Stahlhelmkapelle begrüßte der Kreisführer, Major A. D. Boese, die zahlreichen Gäste und Kameraden, unter ihnen Generaldirektor Malsja, Dörschach, und den Gaufrührer des ostpreussischen Stahlhelms, Dr. Pratzsch, Bonn. Nach einem Vorwort hielt Schriftleiter Langer, Reike, die Festrede und gab einen Rückblick auf die Schaffung des Bismarck-Reiches und die Mächte, die daselbst zerstört haben. Gleichzeitige ernannte er, der Wiedererrichtung des Reiches mitzuwirken. Die Stahlhelmkapelle unter Leitung ihres Dirigenten Zukunft umrahmte die Feier mit alten Märschen und musikalischen Darbietungen.

SPORT-BEILAGE

Wer wird GDFB-Meister 1931/32?

Der Start zur Fußballmeisterschaft Süddeutschlands

Am kommenden Sonntag findet nunmehr endgültig die erste Runde der Spiele um die Meisterschaft des Süddeutschen Fußball-Verbandes statt. Es geht um den Titel „Süddeutscher Fußballmeister 1931/32“ und gleichzeitig wird der zweite Vertreter Süddeutschlands für die DFB-Meisterschaftsspiele ermittelt.

Die süddeutschen Spitzenvereine spielen in zwei Kreisen.

Im Kreis I ermittelte je zwei Vertreter der Bezirke Ober- und Mittelschlesien und der Niederlausitz im Zweirundensystem den GDFB-Meister und der Kreis II, dem je zwei Vertreter der Pilschschwaben Bezirke Oberlausitz, Niederlausitz und Bergland angehören, stellen in der gleichen Weise den besten fest, der dann im „Fin- und Rückspiel“ gegen den Tabellensechsten des Kreises I um die Berechtigung kämpft, den Südboten als zweiter Vertreter bei den DFB-Spielen vertreten zu dürfen. Dieses System enthält eine gewisse Härte für die „Meinen“ Bezirke, die den süddeutschen Meistertitel nie erringen können, hat sich aber im allgemeinen durchaus bewährt. Im Vorjahr errang Beuthen 09 den süddeutschen Meistertitel, während im Kreis II der VfB-Biegnitz die Spitze behauptete und gegen den Tabellensechsten, den Breslauer Fußballverein 06, die zwei Ausscheidungsspiele bestreiten mußte. Durch Terminnot konnte der zweite Vertreter aber nicht rechtzeitig ermittelt werden, jedoch das Los zugunsten der Biegnitzer entschied, die zwar den Südboten in den DFB-Spielen vertreten, im nachgehenden Entscheidungsspiel um die zweite Vertretung aber gegen die Breslauer unterlagen. Um nicht ähnliche Komplikationen wie im Vorjahr heraufzubeschwören, hat der Verbandsspielausschuss diesmal nur um einen Sonntag nachgegeben und den 24. Januar als Beginn der GDFB-Meisterschaftsspiele strikt festgehalten, jedoch man diesmal mit einer regulären Abwicklung der Kämpfe rechnen darf.

Die Titelfämpfe

Im Kreis I gestalteten sich die Titelfämpfe in den letzten Jahren zu einem Duell zwischen Ober- und Mittelschlesien, die stets um die Hegemonie im süddeutschen Fußball mit wechselndem Erfolg kämpften. Die Repräsentativkämpfe dieser beiden Bezirke in der letzten Zeit stehen klar im Vordergrund des mittelschlesischen Fußballs. Für das Stärkverhältnis der Vereinsfußballmannschaften steht jedoch der Maßstab, und hier werden die GDFB-Meisterschaftsspiele wertvollen Aufschluß geben. Der Bezirk Mittelschlesien bedient sich der gleichen Waffen — dem Namen nach — wie im Vorjahr. Ober- schlesien stellte in

Beuthen 09

den letzten GDFB-Meister, und am Sonntag erwarteten sich die Ode gerade noch das Anrecht, diesen Titel verteidigen zu können. Man wird mit den Beuthenern — trotz der zeitweise sehr schwachen Leistungen in den oberchlesischen Punktspielen — wieder stark rechnen müssen; denn diese routinisierte Meisterschaft hat noch immer in schweren Kämpfen ihren Mann gestanden und wird sich sicher rechtzeitig wieder ihrer großen Tradition erinnern. Technisch sind die Beuthener ohne Zweifel recht gut, doch fehlt ihnen die Härte. Kein Spieltechniker steht der neue Ober- schlesische Meister,

Vorwärts-Rafenport Gleiwitz,

als einziger Reuling unter der „Sechse“ der Bewerber um den Titel in diesem Jahre bestimmt über den Beuthenern. Die Gleiwitzer verfügen über eine technisch ausgezeichnete Mannschaft, die von einem unterhörtten Kampfes- und Siegeswillen befeuert ist und weniger durch Einzel- als durch die Gesamtleistung zu ihren Erfolgen kommt. Raum, daß ein Spieler besonders hervor- sticht, die Mannschaft bildet ein harmonisches Ganzes, bei dem jeder seine volle Kraft einwirft. Die Bezwingerung all der schweren Kampferprobten Gegner in Oberchlesien läßt erwarten, daß die Gleiwitzer auch die Nerven für die schweren GDFB-Kämpfe haben und nicht, wie im Vorjahr die Mannen des VfB 06, der großen Nerven- probe nicht gewachsen sind. Vorwärts-Rafenport Gleiwitz ist in erster Linie die Gefahr für die beiden als gleichstark anzusprechenden Vertreter des Bezirks Mittelschlesien. Meister wurde hier in glanzvollem Stile erstmals der

Breslauer Fußball-Verein 06,

der während der ganzen Serie nur eine einzige Niederlage — am Sonntag gegen VfB 08 — erlitt. Die harte Schule des Vorjahres gibt den Obern diesmal ein Plus. Die alte, bewährte Deckung mit Raabe/Berger/Hohl, in der Pohl ganz besonders zu beachten ist, wird jedem An- sturm standhalten können. In der Läuferreihe, in der Wronna von Spiel zu Spiel besser wird,

ist der Mittelflächer Kossig bei schwerem Boden und flottem Tempokampf in der letzten halben Stunde meistens schwach. Sehr verstärkt gegen das Vorjahr erscheint der Angriff auf dem Plan, die mit Pausch, Vinner, Menchen, Urbanitz und Grieger sehr durchschlagskräftig und schußfrendig ist. Der Breslauer Meister geht mit besten Aus- sichten in den Kampf, doch auch der

Breslauer Sport-Club 08,

den das Los zum zweiten Vertreter bestimmte, wird sich der Vertretung durchaus würdig zeigen. Nach dem Umbau ihrer Elf sind die routinisierten VfB'er in letzter Zeit von Sieg zu Sieg ge- eilt, und mit etwas Glück haben sie es gerade noch geschafft. Unzweifelhaft sind sie aber augen- blicklich mit den Däwiern die geeignetste Ver- tretung Mittelschlesiens. Der Angriff hat sich mit Kleiner, Majunka, Jgla, Bloschke und Seel — vor allem durch die erstaunliche Formverbesserung von Jgla — zu einer überaus starken Waffe der Breslauer entwickelt. Im Wanzel haben die VfB'er zudem einen neuen Kämpfer entdeckt, der seine Kameraden Hampel und Kuhn über- trifft, vor allem aber den ausgezeichneten Krause für die Verteidigung freimacht. Der ehemalige Biegnitzer Wenzel im Tor hat sich in letzter Zeit sein Galerieispiel etwas abgewöhnt und sein solides Können unter Beweis gestellt.

Die Niederlausitz entsendet wieder den FC Viktoria Forst und den Cottbusser FB 98 zu den GDFB-Spielen. Man erwartet von den Nieder- lausitzer Vertretern wohl wieder einige Ueber- raschungen, die vielleicht auch entscheidend für den Ausgang der Titelfämpfe sein können; kaum aber werden sich die Niederlausitzer Vertreter voll durch- setzen können. Nach dem fabelhaften Start von

Viktoria Forst

erlebten wir wieder einen Rückschlag, der — wie das Sonntagsergebnis gegen Brandenburg Cottbus zeigt — bisher noch nicht überwunden zu sein scheint. Die Forster haben viel experimen- tiert, u. a. den talentierten Mittelflächer Kös- ler in den Sturm gestellt und dafür Mat- tische als Rückgrat der Mannschaft aufgestellt, doch blieben sie wohl die GDFB-Kämpfe wieder in der gewohnten Besetzung bestreiten. Kösler ist ohne Zweifel ein Spieler von Format, bei- weitem aber nicht der Dirigent wie einstens Bruno Lehmann. In der augenblicklichen Form werden die Viktorianer die GDFB-Meister- schaftskämpfe kaum entscheidend beeinflussen kön- nen. Ueber ein solides Können verfügt der

Cottbusser FB 98,

der sich in letzter Stunde durch den Sieg über Spherswerda wieder die Vertretung erkämpfte. Die Cottbusser zeigten aber im allgemeinen eine schwankende Form, vor allem ist der Standard- verteidiger Kossig, durch dessen überragendes Können mancher Angriff lahmgelegt wurde, sehr zurückgegangen. Keinesfalls wird man aber die Cottbusser unterschätzen dürfen; man hat gerade von ihnen im Vorjahr manche Ueberaschung er- lebt. Die Entscheidung um den GDFB-Meister- titel wird sicher zwischen Mittel- und Oberchlesien liegen.

Im Kreis II

Ist die Lage übersichtlicher. Hoher Favorit ist hier der Meister der Oberlausitz, Gelbweiß Gori- lich, der seinen Meistertitel in imponierender Art gewann. Ueberaus ist der Angriff der Gelbweißen, der tadellos kombiniert und das Schicksal nie vergißt. Die Goranger mühten sich klar im Kreis II die Führung übernehmen, zu- mal der VfB Biegnitz sehr gewandt ist. Trotzdem werden die Biegnitzer, die wieder einen guten Endspurt in der niederschlesischen Meister- schaft zeigten, der größte und stärkste Gegner der Gelbweißen sein, und die Kämpfe dieser beiden Vereine werden die Vorentscheidung darstellen. Zu beachten sind auch die Grünberger Sportfreunde. Der zweite Vertreter der Oberlausitz, die Spielvereinigung Bun- lau, die ihren Platz mit viel Glück erkämpfte, jedoch mit dem plötzlichen Aufstiege ohne Zweifel eine imponierende Leistung vollbrachte, dürfte kaum in Frage kommen. Auch die beiden Berg- landvertreter, der VfB Langenbielau als Meister und Waldenburg 09 dürften in den Entscheidungen des Kreises II nur eine unter- geordnete Rolle spielen.

Hoffentlich wideln sich die GDFB-Kämpfe 1932 in einem Rahmen ab, der der Bedeutung dieser fußballportlichen Großveranstaltung würdig ist. Bei der Wichtigkeit der Kämpfe wird es zweifel- los als heiß hergehen, doch darf man von Spiel- lern und Zuschauern erwarten, daß sie sich einer sportlichen Fairness befleißigen und durch verständiges Verhalten auch die GDFB-Kämpfe 1931/32 zu einer großartigen Werbung für den süddeutschen Fußballsport werden lassen. Und nun: „Auf zum Kampf!“

Der erste Kampftag am 24. Januar

Kreis I:

Wilhelmsport Gleiwitz: Vorwärts-Rafen- port Gleiwitz gegen Breslauer Sportklub 08. (Schiedsrichter: Meißner, Schweidnitz).

VfB-Platz in Breslau: Breslauer Fuß- ball-Verein 06 gegen Cottbusser FB 98. (Schieds- richter: Büttner, Beuthen).

Städtisches Stadion Forst: Viktoria Forst gegen Beuthen 09. (Schiedsrichter: Deuss, BSC 08).

Kreis II:

Schwendendorffplatz Gori- lich: Gelbweiß Gori- lich gegen Waldenburg 09. (Schiedsrichter: Krü- ger, Forst).

Sportplatz Langenbielau: VfB. Langen- bielau gegen Sportfreunde Grünberg. (Schieds- richter: Wöhl, Breslau).

VfB-Platz Biegnitz: VfB. Biegnitz gegen Spielvereinigung Bunzlau. Schiedsrichter: Dr. Schlesinger, Breslau).

Nekrolog auf Hertha BSC.

Eine glänzende Karriere einer Mannschaft hat — zumindest auf ein Jahr — ein Ende gefunden, eine Karriere, die in Deutschland ohne Bei- spiel dastand und so schnell kaum noch einmal miterlebt werden wird. Zum ersten Male seit sechs Jahren wird Hertha BSC nicht im Endkampf um die Deutsche Fußballmeisterschaft stehen, zum ersten Male seit sieben Jahren wird der Berliner Meister nicht mehr Hertha BSC heißen. Sieben Jahre, und im achten scheitert.

Nach jedem „Anlauf“ ist sofort die Frage nach dem „Schuldigen“ da. So auch hier. Woran liegt es, daß eine Mannschaft, die lange Jahre zu den besten des Fußballs gehörte, einen so jähen Abstieg erleiden muß? Zweierlei Gründe sind es, die dazu führten: 1. eine Ver- einsleitung, die zu optimistisch in die Zu- kunft blickte, 2. eine Mannschaft, die zunächst aus 11 Freunden bestand, die aber mit der Zeit mehr und mehr, genau wie ihr Vereinsvorstand, den Ueberblick verlor, für die Zukunft nicht mehr vorfing, mit den Finen nicht zu wirtschaften verstand und in den letzten Monaten bereits vom Kapital lebte. Vielleicht hat man sich geholt, vielleicht klappte es wirklich mit dem Nachwuchs nicht so, wie man es sich vorher vorgestellt hatte. Vielleicht aber hat man auch, solange es gut ging, geglaubt, wenn es darauf ankommt, dann werden die neuen Leute schon da sein. Sie waren im entscheidenden Augenblick, als die alten ins Bankrott gerieten und der Nachwuchs hätte eingezogen werden müssen, nicht zur Stelle. Man hatte nicht vorgesorgt. Und jetzt ist die Dürftigkeit gekommen.

1931/32 wird also in den Endspielen um die DFB-Meisterschaft der „Ja-ho-he-Kuh“ nicht erhalten. Hertha und Tennis werden abgelöst werden durch vielleicht Minerva und Tennis (oder Viktoria). Das hat sein Gutes, denn nur so wird Hertha-BSC endlich Zeit haben, sich auf sich selbst zu besinnen, von vorn anzufangen und Stein auf Stein zu bauen, solange, bis es wieder heißt: Hertha-BSC im Endspiel, im Endspiel wie damals, vor Jahren, sechsmal hintereinander! Es ist schon angeordnet, wer als Nachfolger der Blauweißen anzuheben ist: Tennis-Borussia, Minerva oder Viktoria. Die Minervaleute be- wiesen am Sonntag vor über 30 000 Zuschauern, daß sie das Zeug zu einer Klassenman- nschaft in sich haben. Sie konnten nicht beweisen, daß sie so gut sind, wie es Hertha einst war! Das ist ein großer Unterschied! Letzten Endes hat doch Minerva nur deshalb gewonnen, weil Hertha schwächer geworden ist. Das kann für Berlin das Zeichen eines neuen Aufstiegs sein, aber auch das Gegenteil.

Reichsbahn Beuthen — EV. Bleichfarley- grube 3:3

Die beiden Mannschaften lieferten sich ein schönes Spiel, das aber von dem starken Wind doch stark beeinträchtigt wurde. In der 1. Halb- zeit war Reichsbahn führend. Nach dem Wech- sel wurde Bleichfarley besser und holte den Vorvor- sprung des Gegners auf.

Franz Horn verläßt Hamburg

Der mehrfach internationale Stürmer des Hamburger SV, Franz Horn, kehrt dieser Tage von Hamburg nach Gießen zurück. Horn, der längere Zeit infolge einer Knieverletzung aus- setzen mußte, begibt sich aus beruflichen Gründen wieder in seine Heimatstadt zurück, wo er aller Voraussicht nach wieder für seinen früheren Klub SV Gießen spielen wird, der diese willkommene Verstärkung sehr gut gebrauchen kann.

Prags erfolgreichster Torschütze

Als erfolgreichster Torschütze der Prager Ver- eine erwies sich in dieser Saison der belgische Mittelstürmer von Sparta Prag, Braine. Dieser außerordentliche Spieler erzielte in 50 Spielen nicht weniger als 70 Tore! Nach ihm folgt S. L. N. mit 45 Toren in 59 Spielen.

HBC. Hindenburg gegen ABC. Gleiwitz

Heute Boxkampfabend in Hindenburg

Nach längerer Zeit tritt der Hindenburg- ger Boxklub wieder in Tätigkeit. Er liefert dem kampfstarke ABC. Gleiwitz einen Ab- kampfs. Neun Kämpfe sind vorgesehen, die recht interessant zu werden versprechen. Der Hinden- burger Boxklub hat in eifriger Trainingsarbeit unter seinem Trainer Pietrel recht achtbare Leistungen vollbracht. Die Eintrittspreise halten sich im bescheidenen Rahmen.

Deutsche Vorniederlagen in Zürich

Die von mehr als 3000 Zuschauern besuchten Vorkämpfe in Zürich brachten den beiden betei- ligten deutschen Berufsboxern klare Niederlagen. Der Berliner Federgewichtler Harry Stein lag gegen den Franzosen Edwards leicht in Front, als er in der 8. Runde von einem wichtigen Schwinger schwer getroffen wurde. Noch ganz benommen kam Harry Stein bei „8“ wieder hoch, doch verlor er im Endkampf mit einem neuen schweren Knieen endgültig den 1. o. Im zweiten Profikampf zwang der gefürchtete Cubaner „Tiger“ Mendola den deutschen Fliegen- und Bantamgewichtsmeister Willi Wegner in der 7. Runde zur Aufgabe. Der Kölner erlitt schon in der 2. Runde eine schwere Augenverletzung, die ihn sichtlich behinderte und ihn schließlich veran- laßte, die Waffen zu strecken.

Auf Lebenszeit disqualifiziert

Der Deutsche Reichsverband für Amateurboxen hat eine Reihe seiner Mit- glieder wegen schwerer Verstöße beim Verfehlun- gen auf Lebenszeit disqualifiziert. Unter ihnen befindet sich auch Alfred Hauser, Breslau.

Handballspiele der unteren Klassen

Der zweite Bezirk der Turner, der mit seinen Meisterschaftsspielen der ersten Klasse noch sehr im Rückstand ist, führte am Sonntag drei Spiele durch. Dabei schlug der VfB. Hindenburg den VfB. Reichsbahn völlig überlegen mit 9:0. Die VfB'er waren besonders im Sturm sehr durchschlagskräftig und schußfrendig. Völlig ausgeglichen war das zweite Treffen zwischen dem VfB. Gleiwitz und dem VfB. Jahn Mathesdorf- Gleiwitz, das nach gleichwertigen Leistungen mit 2:2 unentschieden verlief. Sehr scharf war auch der Kampf zwischen dem VfB. Frisch-Frei Hindenburg und dem VfB. Vorwärts Gleiwitz. Erst im Endspurt sicherten sich die Hinden- burger mit 3:2 einen knappen Sieg, nachdem die erste Hälfte torlos verlaufen war.

In Beuthen (1. Bezirk) wurden zwei Freundschaftsspiele ausgetragen. Ganz über- raschend kommt die hohe 6:1-Niederlage des Bezirks- meisters VfB. Beuthen gegen den VfB. Schom- berg. Auch die Jugendmannschaft des VfB. Beuthen blieb ohne Erfolg, denn sie mußte von der Jugend ihres Pottowitzer Namensvetters eine knappe 3:2-Niederlage hinnehmen. — Ein Freundschaftsspiel lieferten sich auch im Lager der Sportler die Reservemannschaft der Postel Beuthen und der SV. Karsten-Centrum Beuthen. Die Grubenleute sicherten sich durch ihren durchschlagskräftigen Sturm mit 5:3 einen ver- dienten Sieg.

Ein weiteres Freundschaftsspiel bestritten in Opperl Reichsbahn Opperl und der SV. Eszpanomitz, das die Gleiwitzer auf Grund ihrer größeren Spielerfahrung mit 3:1 gewannen. Das Meisterschaftsspiel zwischen Schleien Opperl und Polizei Opperl gewann Schleien ganz überraschend glatt mit 4:2.

Deutsche Jugendkraft

Vorwärts Beuthen — Konvikt Beuthen

3:1

Einen schönen Kampf lieferten sich diese Orts- rivalen, bei dem Vorwärts die bessere Stürmer- leistung zeigte. Die Konvikts hatten einige neue Spieler in ihren Reihen, die sich gut ein- führten.

Sportfreunde Rej. — Siegfried Beuthen 9:0

Nach langer Pause hat Siegfried wieder eine Mannschaft herausgebracht, die aber nicht an die frühere Spielstärke herankommt. Einzelne gute Kräfte standen auf verlorenem Posten. Den Löwenanteil an den Toren hat Wenzel (3).

Bezirks-Tischtennis-Meisterschaften

Zu dem am Mittwoch im katholischen Caritas- heim (früher Bahnhof West) beginnenden Tisch- tennismeisterschaften haben 8 Abteilungen mit nahezu 100 Teilnehmern gemeldet. Die Beteili- gung ist erfreulich stark, zumal der Bezirk Beu- then die Bezirksmeisterschaft zum ersten Male in dieser Sportart ausgeschrieben hat. In der A-Klasse stehen sich hauptsächlich Sportfreunde und Konvikt gegenüber. Infolge der großen Betei- ligung ist die Teilung der B- und C-Klasse in Gruppen notwendig gewesen. Die B-Klasse spielt in 5, die C-Klasse (Jugend und Schüler) in 3 Gruppen. In sämtlichen Konkurrenzen entschei- det der Gewinn von 2 Sätzen.



Verkehrsbericht des Schiffsverkehrs-Vereins zu Breslau

Woche vom 11. 1. bis 17. 1. 1932

Nachdem das Ransener Wehr am 14. früh geschlossen werden mußte und die Instandsetzungsarbeiten an den Schleusen Sowade, Rattwitz und Ransern in Angriff genommen worden sind, ist jeglicher Verkehr auf der oberen Oder trotz des unnatürlichen Frühjahrswetters zum Stillstand gekommen. Von Coselhafen sind die letzten Kähne am 8. und 9. 1. abgefahren. Auf der mittleren Oder wird der Eil- und Güterverkehr noch von, bzw. nach Maltsch aufrecht erhalten. Bis zum 14. sind noch 8 beladene Kähne zu Berg und 39 beladene und 3 leere Kähne zu Tal durch Ransern gefahren. Der Umschlag wird in allen Häfen noch fortgesetzt; in Coselhafen liegen bereits 50 mit Brennstoffen beladene Kähne. Es wurden umgeschlagen in: Coselhafen 1389 t Brennstoffe; Oppeln 30 t Güter; Breslau 1762 t Brennstoffe und 979 t Güter; Maltsch 2735 t Brennstoffe und 942 t Güter. In Stettin sind aus einem Seeadler 3000 t Erze in Oderauffahrt, 1500 t zur Bahn gelöscht worden. Sonst ist die Betriebslage für Massengut wie Güter winterlich still. Die meisten Fahrzeuge haben Winterstand bezogen, jedoch ist je 1 Leerzug nach der Warthe und Fürstberg O. herausgedampft. Auch in Hamburg wurde etwas Massengut nach der Oder abgefertigt, im übrigen ist die Nachfrage nach Raum auch im Eilverkehr schwach. Die Elbe ist vollschiffig.

Wasserstände:

Ratibor: am 12. 1. 32 2,56 m; am 18. 1. 32 1,66 m. Dyhernfurth: am 12. 1. 32 4,07 m; am 18. 1. 32 2,50 m. Neisse Stadt: am 12. 1. 32 —0,15 m; am 18. 1. 32 —0,43 m.

Zunehmende Einfuhr — sinkende Ausfuhr

Der deutsche Außenhandel im Dezember und im Jahre 1931

Berlin, 19. Januar. Im Dezember 1931 hat die deutsche Einfuhr von 482 auf 488 Millionen Reichsmark zugenommen. Die Ausfuhr wird mit 712 Millionen Reichsmark ausgewiesen gegen 734 Millionen Reichsmark im Vormonat. Die Reparationssachlieferungen, die im November 14 Millionen Reichsmark betrugen, erscheinen im Dezember mit einem Betrag von 26 Millionen Reichsmark. Die Gesamtausfuhr beträgt daher 738 (749) Millionen Reichsmark. Die Handelsbilanz zeigt im Dezember eine Aktivität von 224 Millionen Reichsmark; einschließlich der Reparationssachlieferungen beläuft sich der Ausfuhrüberschuß auf 250 Millionen Reichsmark gegen 267 Millionen Reichsmark im November. Im ganzen Jahre 1931 betrug die tatsächliche Einfuhr 6.632 (im Jahre 1930: 10.200) Millionen Reichsmark und die Ausfuhr 9.206 (11.329) Millionen Reichsmark. Die Reparationssachlieferungen haben sich von 707 auf 393 Millionen Reichsmark vermindert. Die Handelsbilanz im Jahre 1931 (unter Berücksichtigung der Lagerabrechnungen) schließt mit einem Ausfuhrüberschuß von rund 2.574 Millionen Reichsmark und bei Einrechnung der Reparationssachlieferungen mit einem solchen von 2.967 Millionen Reichsmark ab. Gegenüber dem Vorjahre, das eine tatsächliche Aktivität von rund 1.800 Millionen Reichsmark aufwies, hat der Ausfuhrüberschuß um nicht ganz 1.200 Millionen Reichsmark zugenommen.

Berliner Produktenmarkt

Stetig, aber ruhig

Berlin, 19. Januar. An den Grundlagen des Produktenmarktes hat sich kaum etwas geändert. Reichliches Inlandsangebot hat wieder einer stetigen Tendenz Platz gemacht, ohne daß aber die Umsatzfähigkeit eine nennenswerte Belebung erfahren hat. Das Inlandsangebot in beiden Brotgetreidearten ist mäßig, reicht aber zur Befriedigung der vorhandenen Nachfrage zumeist aus. Im Promptgeschäft war der Preisstand für Weizen und Roggen gegen gestern mittag kaum verändert, am Lieferungsmarkt setzte sich auch nur Weizen bis 1 1/2 Mark fester ein. Weizen- und Roggenmehle werden für den laufenden Bedarf zu unveränderten Preisen gekauft; die billigeren Provinzroggenmehle sind wieder etwas besser beachtet, aber nur wenig angeboten. Hafer ist namentlich an der Küste ziemlich knapp angeboten, aber auch für Waggonware sind die Abgeber kaum zu Preiskessionen bereit. Von Gersten sind Brauqualitäten in Folge der Zurückhaltung der Brauereien im Zusammenhang mit der Biersteuerfrage sehr schwer abzusetzen; Futter- und Industrieergersten liegen stetig. Für Weizen- und Roggenexport-scheine waren die Forderungen heute beehauptet.

Breslauer Produktenmarkt

Stärkeres Angebot

Breslau, 19. Januar. Für Roggen und Weizen wurde heute 1 RM mehr als gestern bezahlt, doch ist das Angebot, insbesondere in Roggen, etwas stärker geworden. Für Gerste und Hafer werden unveränderte Preise zu gestern bezahlt. Am Futtermittelmarkt sind die Forderungen für Kraftfutter um etwa 10 Pfennig erhöht, doch hat diese Erhöhung zu keinerlei

Das Sterben im deutschen Bankgewerbe

Die Vertrauenskrise des Jahres 1931 hat ihre Opfer in erster Linie im Bankgewerbe gefordert. Diese Entwicklung darf nicht wunder nehmen, wenn man berücksichtigt, daß die Kreditinstitute im Mittelpunkt des Sturmes standen. 226 Bankfirmen schieden im vergangenen Jahr infolge von Insolvenz aus dem Berufe aus, nach 161 im Jahre 1930 und nur 125 in 1929. Die Zunahme beträgt also (rein zahlenmäßig) 40% gegenüber 1930 und fast 90% gegen 1929. Die stärkste Häufung der Schwierigkeiten findet sich — im Gegensatz zum Vorjahre — in der zweiten Jahreshälfte. Zumeist waren bei den Fällen von Bankinsolvenzen jedoch die Verluste weniger einschneidend als in der Industrie. Die Bemühungen um Vergleichung waren bei den Bank-Zusammenbrüchen relativ oft von Erfolg. Das bestätigt ebenfalls die Insolvenzstatistik, die im Bankgewerbe während der zweiten Hälfte 1931 nur 57 Konkursfälle bei 63 Vergleichsverfahren meldet. Abgesehen von einigen krassen (bekannten) Fällen ist der Status der zusammengebrochenen Banken durchschnittlich günstiger gewesen als 1930. Die Quotenausschüttung dürfte sich infolgedessen im Vergleich zum Vorjahre erhöhen.

Belebung des Marktes geführt. Auch Kleie lag etwas fester. Nachfrage besteht nur in Roggenkleie. Im übrigen ist der Markt unverändert.

Berliner Produktenbörse

Weizen		Berlin, 19. Januar 1932	
Märkischer	227-230	Weizenkleie	9,80-10,00
„ März	243-243 1/2	Weizenkleiemasse	—
„ Mai	250 1/2	Tendenz: kaum behauptet	—
Tendenz: fester	—	Roggenkleie	9,80-10,00
Roggen	—	Tendenz: ruhig	—
Märkischer	197-199	für 100 kg brutto einschl. Sack	—
„ März	210	in M. frei Berlin	—
„ Mai	214	Raps	—
Tendenz: stetig	—	Tendenz:	—
Gerste	—	für 1000 kg in M. ab Stationen	—
Braugerste	160-170	Leinsaat	—
Futtergerste und	—	für 1000 kg in M.	—
Industrieergerste	155-160	Viktoriaerbsen	21,00-27,50
Wintergerste, neu	—	„ Speiseerbsen	21,00-23,50
Tendenz: ruhig	—	Futtererbsen	15,00-17,00
Hafer	—	Peluschken	16,00-18,00
Märkischer	136-144	Ackerbohnen	14,00-16,00
„ März	157-157 1/2	Wicken	16,00-19,00
„ Mai	—	Blaue Lupinen	10,00-12,00
Tendenz: fester	—	Gelbe Lupinen	14,00-15,50
für 1000 kg in M. ab Stationen	—	Sardella, alte	22,50-28,00
Malz	—	Rapskuchen	—
Rumänischer	—	Leinkuchen	11,00-12,00
für 1000 kg in M.	—	Erdnu-kuchen	—
Weizenmehl	27 1/2-31 1/4	Erdnu-mehl	—
Tendenz: stetig	—	Trockenschnittzel	—
für 100 kg brutto einschl. Sack	—	„ prompt	6,50-6,60
in M. frei Berlin	—	Soljabohnenschrot	11,60-11,80
Feinste Marken ab. Notiz bez.	—	Kartoffellocken	12,20-12,30
Roggenmehl	27-29 1/4	für 100 kg in M. ab Abstellat.	—
Tendenz: stetig	—	mährische Stationen für den ab	—
Lieferung	—	Berliner Markt per 50 kg	—
	—	Kartoffeln, weiße	—
	—	„ rote	—
	—	Odenwälder blaue	—
	—	„ r-bl.	—
	—	„ Nieren	—
	—	Fabrikkartoffeln	—
	—	pro Stärkeprozent	—

Breslauer Produktenbörse

Getreide Tendenz: fest

	19. 1.	18. 1.
Weizen (schlesischer)	—	—
Hektolitergewicht v. 74 kg	228	226
„ 76	232	230
„ 72	218	216
Sommerweizen, hart, glasiert 80 kg	—	—
Roggen (schlesischer)	—	—
Hektolitergewicht v. 70,5 kg	207	205
„ 72,5	—	—
„ 68,5	203	201
Hafer, mittlerer Art u. Güte neu	142	142
Braugerste feinste	180	178
Sommergerste, mittl. Art u. Güte	175	172
Wintererste 63-64 kg	—	—
Industrieergerste 63-64 kg	175	172

Mehl Tendenz: fest

	19. 1.	18. 1.
Weizenmehl (Type 60%) neu	31 1/4	31 1/4
Roggenmehl (Type 70%) neu	29 1/4	29
Auszuemern:	37 1/2	37 1/4

*) 65%iges 1 RM teurer, 60%iges 2 RM teurer.

Hülsenfrüchte Tendenz: ruhig

	19. 1.	15. 1.	19. 1.	15. 1.
Vikt.-Erbs.	21-27	25-27	Pferdebohn.	17-18
gelb. Erbs.	—	—	Wicken	18-20
Kl. gelb. Erbs.	—	—	Peluschken	18-19
grüne Erbs.	32-35	31-36	gelbe Lupin.	18-19
weiße Bohn.	19-21	19-21	blaue Lupin.	—

Futtermittel Tendenz: freundlich

	19. 1.	15. 1.
Weizenkleie	9,00-9,75	9,00-9,75
Roggenkleie	9,40-10,15	9,25-10,00
Gerstenkleie	—	—

Rauhfutter Tendenz: ruhig

	19. 1.	15. 1.
Roggen-Weizenstroh drahtgepr.	1,30	1,30
„ bindfgepr.	1,00	1,00
Gerste-Haferstroh drahtgepr.	1,30	1,30
„ bindfgepr.	1,00	1,00
Roggenstroh Breitdruck	1,60	1,60
Heu, gesund, trocken, neu	1,90	2,00
Heu, gut, gesund, trocken, alt	—	—
Heu, gut, gesund, trocken, neu	2,20	2,30
Heu, gut, gesund, trocken, alt	—	—

Posener Produktenbörse

Posen, 19. Januar. Roggen 535 Tonn. Parität Posen Transaktionspreis 27,25, Weizen 90 Tonn. Parität Posen Transaktionspreis 24,75, mahlfähige Gerste A 20,25-21,25, mahlfähige Gerste B 22-23, Braugerste 24,50-25,50, Hafer 21-21,50, Roggenmehl 65% 37-38, Weizenmehl 65% 35,75-37,75, Roggenkleie 15,75-16,25, Weizenkleie 14-15, grobe Weizenkleie 15-16, Raps 33-34, Viktoriaerbsen 24-28, Folgererbsen 29-32. Stimmung ruhig.

Warschauer Produktenbörse

Warschau, 19. Januar. Roggen 27-27,50, Dominium-Weizen 26,50-27, Weizen gesammelt 26-26,50, Roggenmehl 41-44, Roggenmehl 41

Insolvenzen von Bankfirmen

	Konkurse			Vergleichsverfahr.		
	1929	1930	1931	1929	1930	1931
1. Quartal	18	28	29	6	23	17
2. „	14	24	28	4	14	27
3. „	21	25	30	5	12	24
4. „	46	24	27	11	11	44
Zusammen:	99	101	114	26	60	112

Im letzten Quartal 1931 stellte sich das Verhältnis von Konkursen zu Vergleichsverfahren auf 100:152, in der gleichen Zeit 1930 dagegen auf 100:50; das Gesamtergebnis der Insolvenzen in der übrigen Wirtschaft stellte sich Ende 1931 auf 100:73.

Bei einem Bestande von rund 8000 Kredit- und Hypothekenbanken und ebenfalls 8000 Kreditgenossenschaften war der Anteil der Zusammenbrüche des Jahres 1931 also geringer als 1 Prozent. Die Verluste können mithin keinesfalls als katastrophal angesprochen werden, besonders, wenn man die Zahlen der amerikanischen Bankfallimente (1931 = 2100 gegen 1345 im Jahre 1930) dem gegenüber betrachtet. (Wd.)

32-33. Weizenmehl Luxus 45-52. Weizenmehl 0000 40-45. Roggenkleie 14-14,50. Roggenkleie grob 15,50-16. Roggenkleie mittel 15-15,50. Hafer einheitlich 24-25. Hafer gesammelt 21,50 bis 22. Graupengerste 21-21,50. Braugerste 23,50-24,50. Viktoriaerbsen 31-35. Felderbsen 27-30. Leinkuchen 24-25. Sonnenblumenkuchen 20-21. Rapskuchen 19,50-20,50. Raps 34-35. Stimmung ruhig. Umsätze vergrößert.

Berliner Viehmarkt

Ochsen		
a) vollfleisch. ausgemästete höchsten Schlachtwertes 1. Güter	—	—
2. Güter	—	—
b) sonstige vollfleischige, 1. jüngere	—	33-35
2. ältere	—	—
c) fleischige	—	28-31
d) gering genährte	—	24-26
Bullen		
a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes	—	28-29
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	—	25-27
c) fleischige	—	23-24
d) gering genährte	—	20-22
Kühe		
a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes	—	22-26
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	—	18-21
c) fleischige	—	14-17
d) gering genährte	—	11-14
Färsen		
a) vollfleisch. ausgemästete höchsten Schlachtwertes	—	31-32
b) vollfleischige	—	25-30
c) fleischige	—	19-24
Kälber		
a) Doppellender bester Mast	—	—
b) beste Mast- und Saugkälber	—	42-50
c) mittlere Mast- und Saugkälber	—	28-42
d) geringe Kälber	—	18-25
Fresser		
a) mäßig genährte Jungvieh	—	17-21
Schafe		
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel	—	—
1) Weidemast	—	—
2) Stallmast	—	37-40
b) mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel	—	34-36
c) gut genährte Schafe	—	26-28
d) fleischiges Schafvieh	—	30-34
e) gering genährtes Schafvieh	—	20-27
Schweine		
a) Fettschweine über 300 Pfd. Lebendgewicht	—	—
b) vollf. Schweine v. ca. 240-300 Pfd. Lebendgew.	—	42-43
c) vollf. Schweine v. ca. 200-240 Pfd. Lebendgew.	—	40-43
d) vollf. Schweine v. ca. 160-200 Pfd. Lebendgew.	—	38-40
e) fleisch. Schweine v. ca. 120-160 Pfd. Lebendgew.	—	34-37
f) fleisch. Schweine unter 120 Pfd. Lebendgew.	—	—
g) Sauen	—	36-38
Auftrieb: Rinder 1788, darunter: Ochsen 307, Bullen 648, Kühe u. Färsen 836, zum Schlachthof direkt 26. Auslanderinder 52. Kälber 250, zum Schlachthof direkt —, Auslanderkalber —, Schafe 294, zum Schlachthof direkt 43. Schweine 1220, zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 269 Auslandschweine 518.		
Marktwert: Rinder langsam, Kälber mittelmäßig, Schafe glatt, Schweine ziemlich glatt.		
Die Preise sind Marktpreise für tüchtigen gewogenen Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stall- u. Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.		

Metalle

Berlin, 19. Januar. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt, eilf Hamburg, Bremen oder Rotterdam. Für 100 kg RM: 70%.

Berlin, 19. Januar. Kupfer 57,5 B., 57 G. Blei 21,75 B., 20,5 G. Zink 21,75 B., 21 G.

London, 19. Januar. Kupfer (£ p. t.) Tendenz unregelmäßig. Standard p. Kasse 39 1/2-39 3/4, 3 Monate 39 1/2-39 3/4, Settl. Preis 39 1/2, Elektrolyt 46 1/2-47 1/2, best selected 41 1/2-42 1/2, strong sheets —, Elektrowirebars 47 1/2. Zinn (£ p. t.) Tendenz ruhig. Standard p. Kasse 140 1/4-140 3/4, 3 Monate 143 1/4-143 3/4, Settl. Preis 140 1/4. Banka 159 1/4, Straits 143 1/4. Blei (£ p. t.) Tendenz willig. Ausl. prompt 14 1/2, entf. Sichten 14 1/2, Settl. Preis 14 1/2. Zink (£ p. t.) Tendenz willig. Gewöhnl. prompt 14 1/2, entf. Sichten 14 1/2, Settl. Preis 14 1/2. Silber (Pence per Ounce) 19 1/4, Lieferung 19 1/4.

Magdeburg, 19. Januar. Amtliche Preisnotierungen von 10% Uhr für weißen Zucker, gesund, trocken, je 50 Kilogramm einschließlich Sack. Tendenz ruhig. Januar 6,10 B., 5,80 G. Februar 6,10 B., 5,80 G. März 6,20 B., 6,05 G. Mai 6,30 B., 6,20 G. August 6,55 B., 6,50 G. Oktober 6,80 B., 6,65 G. Dezember 7,10 B., 6,90 G.

Zur Umlegung des Wassergeldes. Nach einem Urteil des Kammergerichts vom 27. November 1931 (17 Y 51/31) ist die Umlegung des Wassergeldes auf die Mieter nur zulässig, wenn sich der Betrag des Wassergeldes für die einzelne Hauseinheit mit ausreichender Sicherheit feststellen läßt. Hierbei

Reichsmark abgeschwächt

Berlin, 19. Januar. An den internationalen Devisenmärkten war das Geschäft im allgemeinen nicht sehr umfangreich. Pfund und Reichsmark tendierten eher schwächer, der Dollar war nach niedrigerer Eröffnung später erhöht. Das Pfund, das gestern mit 3,47% gegen den Dollar geschlossen hatte, eröffnete zunächst unverändert, um dann im Laufe des Vormittags auf 3,45% nachzugeben. Gegen den Gulden ging es auf 8,57, gegen Zürich auf 17,67, gegen Paris auf 87,71 und gegen die Reichsmark auf 14,68% zurück. Die Reichsmark lag doch zwar heute morgen eine Kleinigkeit erhöht, doch gab sie diese Besserung bald wieder her. In Amsterdam stellte sie sich auf 58,55, in Zürich auf 120,63 bis 120,70 und in Paris auf 598 (gestern 602). Die anderen Devisen waren im großen und ganzen nur wenig verändert.

Die Kursgestaltung an der Londoner Börse war nicht einheitlich; Deutsche Bonds konnten sich befestigen, Britische Staatspapiere tendierten stetiger. An der Pariser Börse ergaben sich unter mehrfachen Schwankungen kleine Kursabschläge gegen gestern. Brüssel verkehrte nicht einheitlich und eher schwächer. Im Verlaufe der Amsterdamer Börse traten größere Kursschwankungen nicht ein, Deutsche Werte lagen überwiegend etwas gedrückt. Die Wiener Börse war nicht einheitlich, doch ergaben sich keine größeren Veränderungen. New York eröffnete heute in schwächerer Haltung.

kommt es nicht auf die Zahl der dem Vermieter gehörenden Gebäude an, vielmehr werden Vorder- und Hinterhaus im allgemeinen wegen ihrer wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit als eine Hauseinheit anzusehen sein. Unter welchem Namen das Entgelt gefordert wird, ist unerheblich. Wird vom Wasserkopf für die Lieferung des Wassers ein Finanzaufschlag auf das Wassergeld erhoben, so kann der Vermieter das Wassergeld zusammen mit dem Aufschlag auf die Mieter umlegen. Hd.

Devisenmarkt

Für drahtlose Auszahlung auf	19. 1.		18. 1.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Buenos Aires 1 P. Pes.	1,043	1,047	1,048	1,052
Canada 1 Can. Doll.	3,576	3,584	3,586	3,594
Japan 1 Yen	1,548	1,552	1,558	1,572
Kairo 1 ägypt. Pfd.	14,81	14,85	14,95	14,90
Istanbul 1 türk. Pfd.	14,46	14,50	14,60	14,64
London 1 Pfd. St.	4,206	4,217	4,209	4,217
New York 1 Doll.	0,250	0,251	0,250	0,251
Rio de Janeiro 1 Mitr.	1,748	1,752	1,748	1,752
Uruguay 1 Goldpeso	169,53	169,57	169,43	169,72
Amst.-Rottl. 100 G.	5,305	5,305	5,305	5,305
Athen 100 Drachm.	58,64	58,76	58,50	58,71
Brüssel-Antw. 100 Bl.	2,517	2,523	2,517	2,523
Bukarest 100 Lei	57,94	58,06	58,04	58,06
Budapest 100 Pengö	82,07	82,23	81,87	82,08
Danzig 100 Gulden	6,194	6,206	6,004	6,106
Helsinki 100 Finn. M.	0,08	0,08	0,08	0,08
Italien 100 Lire	7,443	7,457	7,438	7,447
Jugoslawien 100 Din.	41,98	42,06	41,98	42,06
Kowno 100 Rubel	79,72	79,88	80,42	80,58
Kopenhagen 100 Kron.	13,24	13,26	13,34	13,36
Lissabon 100 Escudo	78,67	78,83	79,12	79,28
Oslo 100 Kron.	16,56	16,60	16,54	16,58
Paris 100 Fr.	12,465	12,485	12,465	12,485
Prag 100 Kr.	65,43	65,57	66,18	66,32
Reykjavik 100 Isl. Kr.	80,92	81,08	80,92	81,08
Riga 100 Lats	82,28	82,32	82,12	82,2